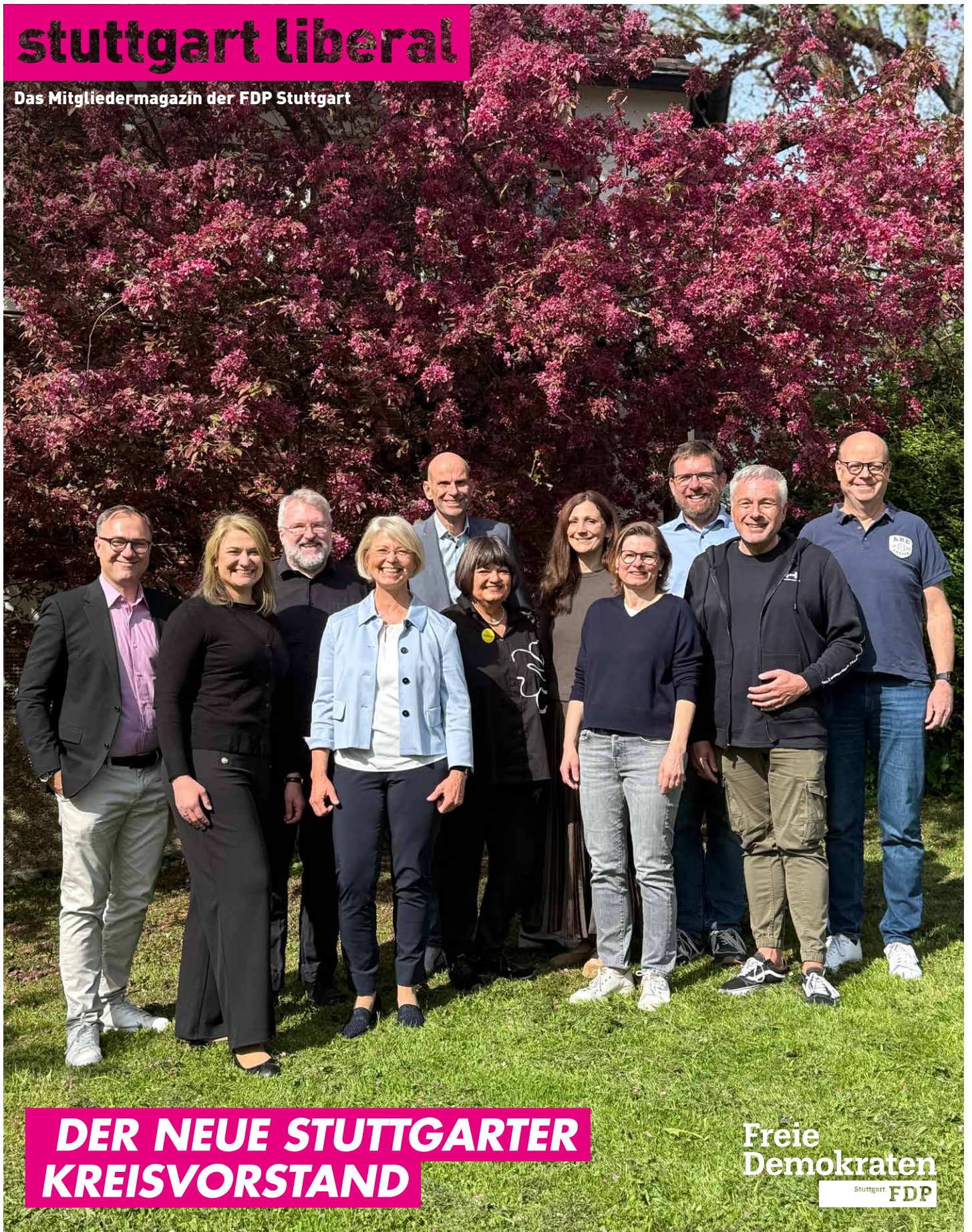


stuttgart liberal

Das Mitgliedermagazin der FDP Stuttgart



DER NEUE STUTTGARTER KREISVORSTAND

Freie
Demokraten
Stuttgart **FDP**

AUS DEM KREISVERBAND

**UNSERE KANDIDATEN
FÜR DIE LANDTAGSWAHL
STELLEN SICH VOR**

AUS DEM LANDTAG

**DIE WIRTSCHAFT
IM LAND STÄRKEN,
BÜRGER ENTLASTEN**

AUS DEM BUND

**APO IM BUND, KAMPFGEIST
IM LAND – RISIKO
UND CHANCE ZUGLEICH**

VORWORT

03 BEGRÜßUNG DER KREISVORSITZENDEN

AUS DEM KREISVERBAND

04 GESCHÄFTSBERICHT DES STUTTGARTER KREISVERBANDES

06 WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE

08 ERGEBNISSE DER VORSTANDSWAHL

09 ZWEI MILLIONEN IMPRESSIONEN AUF FACEBOOK UND INSTAGRAM

10 UNSERE KANDIDATEN FÜR DIE LANDTAGSWAHL STELLEN SICH VOR

14 BEZIRKSPARTEITAG IN REMSHALDEN

AUS DEN ARBEITSKREISEN

18 GELUNGENER START IN DIE INHALTLICHE ARBEIT

AUS DEN STADTGRUPPEN

19 „STARS IM SÜDEN“ – EIN GELUNGENER AUFTAKT MIT CLAUDIA SCHOBER

20 NEUES DER STADTGRUPPE NORD

AUS DEM GEMEINDERAT

22 GEFLÜCHTETENUNTERBRINGUNG: LANGFRISTIGE UND WIRTSCHAFTLICHE LÖSUNGEN MÜSSEN HER

24 UNSER POLITISCHER FAHRPLAN FÜR DAS JAHR 2025: ALLES IM ZEICHEN DES DOPPELHAUSHALTS

25 PERSÖNLICHE VORSTELLUNG

26 AUCH AM SANDKOPF KEINE WINDRÄDER!

26 DAUERTHEMA GRUNDSTEUERREFORM

27 KEINE ÖPNV-STEUER IN STUTTGART

27 KLIMAZIEL: ON TRACK FÜR 2035

AUS DER REGION

28 KEINE WINDKRAFTANLAGEN IM TAUSCHWALD UND AM SCHLOSS SOLITUDE!

AUS DEM LANDTAG

30 STADTQUARTIERE ENTWICKELN, INFRASTRUKTUR ERNEuern

33 DIE WIRTSCHAFT IM LAND STÄRKEN, BÜRGER ENTLASTEN

AUS DEM BUND

38 EINE REGIERUNG MIT ETWAS LICHT UND VIEL SCHATTEN

40 APO IM BUND, KAMPFGEIST IM LAND – RISIKO UND CHANCE ZUGLEICH

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

42 WIRTSCHAFT BLEIBT THEMA NR. 1!

43 GEGEN EINSAMKEIT

44 LIBERALE FRAUEN: IM VORFELD – UND AN DER FRONT!

VERANSTALTUNGEN

46 TERMINE IM 2. QUARTAL 2025

47 UNSERE VERSTORBENEN



Titelfoto: Kreisverband Stuttgart

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart › V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr

Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

Anzeigen an: redaktion@stuttgart-liberal.de › Satz und Layout: Steffen Schneider

stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

BEGRÜßUNG DER KREISVORSITZENDEN



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

wir tragen ihn weiterhin: unseren Button ‚**Optimist**‘. Erneut haben wir nach einer Regierungsbeteiligung den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag nicht geschafft. Das ist sehr bitter. An Stuttgart lag es nicht. Im Wahlkreis I haben wir mit 7,3% das beste Ergebnis in Baden-Württemberg und eines der besten deutschlandweit erreicht. Gesamt lagen wir in Stuttgart bei 6,6%. Das Potenzial ist deutlich höher – und dies wollen wir bei der am 8. März 2026 stattfindenden Landtagswahl wieder heben. Ob wir dabei Rückenwind aus der Bundespolitik bekommen werden, wird sich zeigen.

Seit Donald Trump im Amt ist, wird Politik zum DEAL. Die künftigen Koalitionäre haben schnell von ihm gelernt und entgegen aller Wahlversprechen der CDU noch mit dem alten Parlament an der Schuldenbremse gedreht: 500 Milliarden für Verteidigung und ein Paket für Infrastrukturmaßnahmen über 500 Milliarden Euro. Mit den Grünen hat man einen Deal gemacht, damit sie zustimmen. 100 Milliarden davon für ihre Anliegen. Rund 1 Billion Euro stehen der künftigen Regierung nun zur Verfügung. So geht regieren – im doppelten Sinne.

Im nun vorgelegte Koalitionsvertrag heißt es zur Verwendung (Seite 52): „Dabei ist für Länder und Kommunen, die einen Großteil der Investitionstätigkeit in Deutschland stemmen, ein Anteil von 100 Milliarden Euro vorgesehen. Weitere 100 Milliarden Euro werden schrittweise dem Klima- und Transformationsfonds zugeführt. Aus dem Bundesanteil des Sondervermögens werden in den Jahren 2025 bis 2029 Maßnahmen in Höhe von insgesamt rund 150 Milliarden Euro finanziert.“ Insgesamt sollen also 350 Milliarden von 500 Milliarden genutzt werden.

Im Koalitionsvertrag findet sich viel linke Wirtschaftspolitik. Statt notwendige Wirtschaftsreformen anzugehen, setze man auf staatliche Eingriffe und Regulierung. Immer noch wird nicht verstanden, dass jede noch so gut gemeinte Re-

gelung in der Umsetzung Aufwand verursacht und zu Vermeidungshandlungen führt. Wir brauchen einen starken Staat, der den Menschen etwas zutraut und der sich nicht im Detail in die Lösung einbringt.

Diese Kehrtwende von Merz dürfte viele Bürgerinnen und Bürger enttäuschen, die eigentlich eine Wirtschaftswende und bürgerliche Politik wählten. Leider zahlt das bisher in Umfragen nicht auf die FDP ein. Die AfD gewinnt weiter an Zustimmung und wird im Bundestag stark hörbar sein.

Umso wichtiger, dass wir uns im Bund gut aufstellen. Beim Bundesparteitag Mitte Mai wird ein neues Präsidium und ein neuer Vorsitzender gewählt. Die Neuaufstellung der FDP wird gleichzeitig eine Richtungsentscheidung. Ich selbst vertrete die Auffassung, dass wir mit unserem **Leitbild „Mehr Chancen durch mehr Freiheit“** www.fdp.de/unsere-werte eine Basis haben, die auch künftig trägt:

- » **Lust auf Fortschritt**
- » **Liebe zur Freiheit**
- » **Faire Spielregeln**
- » **Verantwortung für die Zukunft**

Dies muss sichtbarer werden in unseren Forderungen und häufiger genannt werden. Damit jeder, wenn er gefragt wird, sagen kann, wofür die FDP steht.

In den kommenden Monaten werden wir wieder auf die Straße gehen. Um Stimmen zu sammeln für unser nun zugelassenes Volksbegehren gegen den XXL-Landtag und für die Landtagswahl. Wir bleiben **mutig, europäisch, weltoffen, empathisch, lösungsorientiert und optimistisch** – als echte Liberale packen wir die Zukunft weiterhin so an.

Es grüßt Sie herzlich

Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende

GESCHÄFTSBERICHT DES STUTTGARTER FDP-KREISVORSTANDES

**FÜR DIE ZEIT VOM 26. MÄRZ 2024 BIS 29. MÄRZ 2025
ZUR VORLAGE BEI DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM 29. MÄRZ 2025**

Mitglieder des Kreisvorstandes:

Kreisvorsitzende: Gabriele Reich-Gutjahr, **stv. Kreisvorsitzende:** Charlotta Eskilsson, Volker Weil

Kreisschatzmeister: Michael Marquardt, **Beisitzer/innen:** Wolf Dieter Dallinger, Brigitta Haak, Dr. Cornelius Hummel, Dajana Hummel, Eric Neumann, Martina Weishaupt, Mark Wiczorrek

Ehrevorsitzende: Ingrid Walz, Armin Serwani

Kreisgeschäftsführer: Christian Schleppe

1. Kreisvorstandssitzungen: 13

Außerordentliche Kreisvorstandssitzung 1

2. Kreismitgliederversammlungen mit Wahlkreis Konferenzen: 6

- 22.07.2024 Wahlkreisversammlung zur Wahl der Bundestagskandidaten zur BTW 2025
- 22.07.2024 Kreismitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten zur LVV
- 23.09.2024 Kreismitgliederversammlung mit Jubilarer Ehrungen und Delegiertenwahlen für BezPT, LPT und BPT
- 01.02.2025 Wahlkreis Konferenz mit Wahl der Kandidaten zur LTW 2026
- 01.02.2025 Kreismitgliederversammlung zur Wahl der Delegierten zur LVV

3. Kreisausschusssitzungen: 4

- 15.07.2024 Kreisausschusssitzung mit Thema Rückblick Kommunal-, Regional- und Europawahlen
- 21.10.2024 Kreisausschusssitzung mit Thema Informationen über die Wahlergebnisse zur Kommunalwahl 2024 durch den Amtsleiter des Statistischen Amtes Stuttgart, Dr. Matthias Fatke
- 09.12.2024 Kreisausschusssitzung (online) mit dem Thema Vorbereitungen zum BT-Wahlkampf 2025
- 17.03.2025 Kreisausschusssitzung mit Thema Rückblick Bundestagswahl 2025

4. Besprechungen Geschäftsf. Kreisvorstand: 30

5. Veranstaltungen/Aktivitäten im Kreisverband:

März bis Juni 2024

- Bei diversen Kundgebungen und Veranstaltungen zur Kommunal-, Regional- und Europawahl sprachen für den Kreisverband: Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Matthias Oechsner, Dajana Hummel, Gabriele Heise, sowie die Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl
- 27.03.2024 Start Stimmensammlung der Phase I Volksbegehren „XXL-Landtag verhindern“ in allen Stadtteilen mit Ständen
- 28.03.2024 Ostereiaktion der einzelnen Stadtgruppen
- 27.04.–28.04.2024 Bundesparteitag
- 28.04.2024 Plakatierungsbeginn zur Kommunal-, Regional- und Europawahl und Wahlkampfständen in allen Stadtteilen
- 07.05.2024 Liberales Neumitgliedertreffen beim 84. Stuttgarter Frühlingsfest
- 15.05.–09.06.2024 Teilnahme am 24-Tage-Lauf für Kinderrechte mit Social-Media-Begleitung; Insgesamt wurden 445,- € an Spendengeldern „erlaufen“
- 03.06.2024 Abschlusskundgebung zu Europa mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Andreas Glück und Christian Lindner auf dem Schlossplatz, moderiert von Dajana Hummel
- 09.06.2024 Wahlparty zur Kommunal-, Regional- und Europawahl im EmiLu-Hotel
- 24.06.2024 Klausurtagung des Kreisvorstands
- 27.07.–28.07.2024 Teilnahme an der CSD-Kampagne in Stuttgart bei CSD-Demonstration und Hocketse

13.08.2024 Start Phase II Unterstützung der Bürgerinitiative „Landtag verkleinern“ u.a. mit Unterschriftensammlungen in den Stadtteilen und einem zentralen Stand am 16.11.2024

02.09.2024 Auftritt Bündnis für Demokratie und Menschenrechte auf dem Weindorf in Stuttgart. Thema: „Demokratie von Dionysos bis Theodor Heuss“

02.10.2024 Lange Nacht für Demokratie und Menschenrechte mit Mitwirkung in einem Video

10.10.2024 Liberaler Wasentreff beim 177. Cannstatter Volksfest

12.10.2024 Bezirksparteitag mit Aufstellung Liste Bundestagswahl und Bestätigung Delegierte BPT

16.11.2024 Bezirksvorstandssitzung

16.11.2024 Zentraler Stand zum Volksbegehren „XXL-Landtag verhindern“

21.11.2024 Informationsveranstaltung „Stuttgarter Wärmeplanung und das Heizungsgesetz“ mit Konrad Stockmeier, MdB und Dr. Matthias Oechsner

23.11.2024 Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Liste für die Bundestagswahlkandidaten

25.11.2024 1. Sitzung (online) der Wahlkampfkommission zur Bundestagswahl am 23.02.2025

Januar bis Februar 2025
Bei diversen Kundgebungen und vielen Veranstaltungen zur Bundestagswahl sprachen für den Kreisverband die Bundestagskandidaten Judith Skudelny und Mark Wieczorrek

05.01.2025 126. Landesparteiitag

06.01.2025 Neujahrstreffen des Kreisverbands Stuttgart mit Christian Dürr, Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag

12.01.2025 Plakatierungsbeginn und Informationsstände aller Stadtgruppen zur Bundestagswahl 2025

20.01.2025 2. Sitzung der Wahlkampfkommission zur BTW 2025

01.02.2025 Wahlkreis-Konferenz und Kreismitgliederversammlung mit Wahl der Kandidaten zur LTW 2026 und Delegierte zur LVV

08.02.2025 Teilnahme am CSD-Neujahrsempfang im Wizemann Stuttgart

14.02.2025 Wahlveranstaltung zur BTW 2025 mit Christian Lindner und Judith Skudelny auf dem Schlossplatz

23.02.2025 Wahlabend zur Bundestagswahl 2025 in der Alten Kanzlei

27.02.2025 Teilnahme „Kübelesrennen“ in Bad Cannstatt

6. Arbeitskreise:

AK Mobilität, AK Bildung, AK Digitalisierung, AK Bauen und Wohnen, AK Wirtschaft und Transformation

Ergebnisse:

- › Stände und Flyer zur Europäischen Mobilitätswoche in Stuttgart im September 2024 (AK Mobilität)

7. Mandatsträger/-innen des Kreisverbands Stuttgart:

Bundestagsabgeordnete:	1
Landtagsabgeordnete:	1
Regionalrätin:	1
Stadträte:	4
Bürgermeisterin:	1
Bezirksvorsteherin:	1
Bezirksbeiräte:	25*

*in allen Bezirken m. 1–2 Sitzen vertr., außer Obertürkheim

8. Vertretungen in FDP-Gremien:

Mitglieder im Bundesvorstand:	1
Mitglieder im Landesvorstand:	3 gewählt
Mitglieder im Bezirksvorstand:	2 gewählt, 2 kooptiert
Delegierte Bundesparteiitage:	5
Delegierte Bezirks-/Landesparteiitage:	26 (seit 1.1.25), davor 27
Delegierte Landeshauptausschüsse:	7

9. Stadtgruppen:

16

10. Liberale Vorfeldorganisationen in Stuttgart:

Junge Liberale
Liberale Frauen
Liberale Hochschulgruppen
Liberaler Mittelstand
Liberale Senioreninitiative
Liberale Schwule und Lesben

11. Stuttgart Liberal:

4 Ausgaben im Jahr

12. Mitgliederbriefe:

7 Ausgaben seit JHV

13. Social-Media-Aktivitäten:

(Follower-Stand am 18.03.2025)

Facebook:	1.721
Instagram:	1.616
LinkedIn:	197
X (vorm. Twitter):	225

› Kommunal-, Regional- und Europawahl 2024:

Die Werbekampagne auf den META-Plattformen Facebook und Instagram wurde 1.990.000-mal ausgespielt und erreichte 776.000 Menschen

› Bundestagswahl 2025:

Die Werbekampagne auf Facebook und Instagram wurde 2.052.636-mal ausgespielt und erreichte 751.000 Menschen

14. Mitgliederbewegungen:

Stand 01.01.2024:	735
Eintritte/Zuzüge:	106
Austritte/Wegzüge:	119
Ausschlüsse:	4
Verstorbene:	6
Stand 01.01.2025:	712
Stand 24.03.2025:	713

WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE NÄCHSTEN ZWEI JAHRE



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Auf der Jahreshauptversammlung der FDP Stuttgart wurde **Gabriele Reich-Gutjahr** mit 85 % der Stimmen zum dritten Mal zur Chefin des Kreisverbandes gewählt. In ihrer Rede blickte sie optimistisch auf die kommenden beiden Amtsjahre und betonte die Notwendigkeit, die FDP weiter als starke liberale Kraft in der Landeshauptstadt zu positionieren. „Wir Freie Demokraten werden weiterhin wichtige Impulse für unsere Stadt setzen. Themen wie Klimaschutz, die Rettung der Innenstadt sowie die Fragen der Verkehrs-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bauentwicklung werden für uns weiterhin im Fokus stehen“, erklärte Reich-Gutjahr. „Nach dem Aus im Bund sind wir erst recht gefordert, der liberalen Politik in Stuttgart eine klare Stimme zu verleihen.“

Neben Gabriele Reich-Gutjahr wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden **Charlotta Eskilsson** und **Volker Weil** sowie Schatzmeister **Michael Marquardt** in ihren Ämtern bestätigt, ebenso als Beisitzer Wolf Dieter Dallinger, Brigitta Haak und Dajana Hummel. Neu als Beisitzer wurden gewählt Dr. Markus Martin, Michael Mehling, Claudia Schober und Benedikt Zimmermann. Sie freut sich, die anstehenden Aufgaben mit einer Mischung aus bewährten und neuen Vorstandskollegen anzugehen. Ende April werden sie in einer Klausur Ziele und Aufgabenverteilung sowie die Arbeitskreise festlegen.

Zuvor hatte die Kreisvorsitzende den im Haus am See tagenden Mitgliedern in ihrem Rechenschaftsbericht eine überaus erfolgreiche Bilanz des Kreisverbandes präsentiert. Mit 713 Mitgliedern und einer schuldenfreien Bilanz zählt der Kreisverband Stuttgart zu den größten und erfolgreichsten der FDP in ganz Deutschland. Reich-Gutjahr dankte

Schatzmeister Michael Marquardt für die ausgezeichnete Finanzlage und hob hervor, dass der Kreisverband nicht nur finanziell gesund, sondern auch politisch stark aufgestellt sei. Dabei verwies sie auf die Erfolge der Stuttgarter Liberalen bei den letzten Wahlen: Der Kreisverband entsandte im vergangenen Jahr Abgeordnete in den Bundes- und Landtag, Mitglieder in die Regionalfraktion und stellt aktuell eine vierköpfige Gemeinderatsfraktion. Zudem stellt man in der Landeshauptstadt mit Armin Serwani einen Bezirksvorsteher. „Stuttgart ist und bleibt eine stabile liberale Kraft. Es ist unsere Aufgabe, diese in den nächsten Jahren noch weiter auszubauen“, verdeutlichte die wiedergewählte Kreisvorsitzende gerade auch im Hinblick auf die Landtagswahl 2026.

Gastrednerin bei der Jahreshauptversammlung war die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg Judith Skudelnny. Sie hob den Stuttgarter FDP-Kreisverband als „leuchtendes Beispiel für funktionierende Parteipolitik“ hervor: „Hier wird viel gearbeitet und es gibt einen großen inhaltlichen sowie inneren Zusammenhalt. Das macht Stuttgart besonders.“

Nach einem Rückblick auf die politische Entwicklung auf Bundesebene und das Ergebnis der Bundestagswahl stellte Skudelnny klar, dass die FDP in der außerparlamentarischen Opposition um Aufmerksamkeit kämpfen werde. „Der Vorteil gegenüber 2013 ist, dass wir diesmal genau wissen, für welche Inhalte wir stehen“, sagte sie. Es komme nun darauf an, am Auftreten und der Glaubwürdigkeit der Partei zu arbeiten, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die FDP wieder zu stärken. Die bisherige Stuttgarter Bundestagsabgeordnete betonte auch, dass die Aufarbeitung

der vergangenen Jahre noch lange nicht abgeschlossen sei und gemeinsam mit den Mitgliedern in den kommenden Monaten intensiv fortgesetzt werde. Sie kündigte an, die Mitglieder auf dem Laufenden zu halten, und betonte: „Die Neuaufstellung der Bundes-FDP ist keine kurzfristige Maßnahme, sondern wird ein Langstreckenlauf.“

Wie Gabriele Reich-Gutjahr unterstrich auch Judith Skudelny die große Bedeutung der Landtagswahl in Baden-Württemberg für die Zukunft der FDP. Die Kampagnenvorbereitungen in der Landespartei liefen bereits auf Hochtouren und würden das Individuum und den Optimismus in den Vordergrund stellen: „Die FDP ist nach wie vor eine durch und durch optimistische Partei. Wir sind die einzige Partei in

ganz Deutschland, die den einzelnen Bürger stark machen will und nicht den Staat. Diesen Optimismus, für den wir stehen, werden wir deutlich nach außen tragen!“

Zum Abschluss dankte die Kreisvorsitzende Jan Havlik und Judith Skudelny für die Versammlungsleitung, Janina Pahmeier und ihrem Team für die Auszählung der Stimmen, Christian Schleppele und Hannah Koch für die gute Organisation. Als Dank gab es gelb ummantelte Lakritze – sinnbildlich für die nächste Wahl, da die CDU ja immer die Farbe ihres Koalitionspartners annimmt!



→ Der neu gewählte Kreisvorstand: (v.l.n.r.): **Dr. Markus Martin, Claudia Schober, Wolf Dieter Dallinger, Gabriele Reich-Gutjahr, Michael Mehling, Brigitta Haak, Dajana Hummel, Charlotta Eskilsson, Benedikt Zimmermann, Michael Marquardt, Volker Weil.**

ERGEBNISSE DER VORSTANDSWAHL 2025

AMT Kandidat/in	stimm- berechtigt	abgegeben	gültig	absolute Mehrheit	Stimmenverteilung			gewählt	Prozent
					ja	nein	Enthaltung		
KREISVORSITZENDE/R									
Reich-Gutjahr, Gabriele	63	61	61	31	52	6	3	ja	85,25%
STELLVERTRETENDE KREISVORSITZENDE									
Eskilsson, Charlotta	63	62	62	32	54	7	1	ja	87,10%
Weil, Volker	63	63	63	32	56	5	2	ja	88,89%
KREISSCHATZMEISTER/IN									
Marquardt, Michael	62	60	60	31	49	4	7	ja	81,67%
7 BEISITZER/INNEN 1. WAHLGANG									
Dallinger, Wolf Dieter	62	61	61		40			ja	65,57%
Haak, Brigitta					38			ja	62,30%
Schober, Claudia					36			ja	59,02%
Hummel, Dajana					28			ja	45,90%
Zimmermann, Benedikt					27			ja	44,26%
7 BEISITZER/INNEN 2. WAHLGANG									
Mehling, Michael	59	52	52		24			ja	46,15%
Martin, Dr. Markus					22			ja	42,31%
KASSENPRÜFER/-IN									
Weishaupt, Martina	per Akklamation gewählt								
Sommerer, Michael									
OMBUDSMITGLIED									
Lutfullin, Dr. Timur	59	48	48	25	42	4	2	ja	87,50%

2 MILLIONEN IMPRESSIONEN AUF FACEBOOK UND INSTAGRAM



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer Kreisvorstand

Der Ausgang der vergangenen Bundestagswahl war für uns als Partei mehr als unerfreulich. Wir als FDP Stuttgart haben allerdings mit Judith Skudelny im Wahlkreis I mit 5,8% der Erststimmen und 7,3% der Zweitstimmen und Mark Wieczorrek im Wahlkreis II 4,2% der Erststimmen und 5,8% der Zweitstimmen ein vergleichsweise sehr gutes Ergebnis erzielt. Zwei starke Kandidaten im liberalen Stammland, gestützt von einer starken Präsenz bei den Plakaten, auf der Straße mit Ständen, mit Flyern und einer starken Social-Media-Kampagne von Bundes-FDP und uns als KV haben dieses tolle Ergebnis ermöglicht. Die Bundeskampagne wurde von uns als Kreisverband mit den Inhalten der beiden Kandidaten Judith und Mark aktiv auf den beiden Social-Media-Kanälen Facebook und Instagram beworben. Mit einem überschaubaren Budget ist es uns gelungen knapp 750.000 Menschen in Stuttgart zu erreichen. Dabei wurden mehr als 2 Millionen Impressionen erreicht¹. Damit hat jeder Nutzer unsere digitalen Inhalte im Schnitt 2,7-mal in seinem Feed gesehen. Ergänzt durch die analogen Ansprachen durch Flyer, Plakate und Wahlkampfstände ergibt sich eine gute Anzahl an Kontaktpunkten.

Die Wahlplakate auf den Straßen haben in den letzten Jahren Konkurrenz bekommen. Ihre digitalen Zwillinge, die so genannten Kacheln auf Social Media, sind heute ein Muss in jedem Wahlkampf, um aus der begrenzten Blase der eigenen Followerschaft her austreten zu können. Dazu gibt es diese Möglichkeit, mit bezahlter Werbung, die anderen Nutzer der Plattformen erreichen zu können, die einem bisher nicht folgen. Der Vorteil gegenüber klassischen Plakaten, die digitalen Kacheln müssen nicht produziert bzw. gedruckt, auf- und wieder abgehängt und später nicht entsorgt und recycelt werden.

Die knapp 20 Kacheln unserer Kandidaten hatten wir jeweils auch in unterschiedliche Formate überführt, damit wir diese dann an unterschiedlichen Stellen der beiden Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram als bezahlte Werbung in die Feeds anderer Nutzer einblenden konnten. Mit Hilfe des Advantage+ Algorithmus hatten wir sowohl die Platzierung als auch Allokation unsers Budgets dieser Software überlassen, die sich an unserem gesteckten Ziel, der maximalen Reichweite für unsere Kampagne, orientiert hat. Die erzielte Anzahl von mehr als 2 Millionen Impressionen und einem rechnerischen Tausenderkontaktpreis von ca. 5 Euro gibt uns bei der Wahl des Algorithmus für die Platzierung recht.



→ **Kacheln der Kandidaten**

¹ Da META aus Datenschutzgründen nicht genau sagen kann welcher Nutzer in Stuttgart tatsächlich wohnt oder wer sich hier nur länger aufhält, ist die Zahl der erreichten Personen höher als die Einwohnerzahl. Diese Unschärfe ist als Streuverlust zu verbuchen.



WK I

CLAUDIA SCHOBER UND STEFAN FISCHER

Jahrgang 1976
verheiratet, 3 Kinder
Dipl.-Kffr. (Univ.), Geschäftsführerin

ZUKUNFTSWENDE IN WIRTSCHAFT UND BILDUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Nach dem unerfreulichen Ergebnis der FDP bei der vergangenen Bundestagswahl und vor dem Hintergrund der geopolitischen Herausforderungen steht unserer Partei mit der Landtagswahl 2026 eine Schicksalswahl im Hinblick auf den Fortbestand der Partei bevor. Aber auch für Baden-Württemberg geht es um viel – wir brauchen eine Zukunftswende.

Die bestimmenden Themen für die Zukunft Baden-Württembergs sind natürlich unsere Wirtschaft, aber auch unser Bildungssystem.

Als langjährige Unternehmensberaterin und heute Unternehmerin im Bereich Immobilienprojektentwicklung habe ich täglich die Wohnraum- und Baukrise vor Augen, die nicht nur Familien und junge Menschen, sondern auch unsere Wirtschaft trifft. Denn Unternehmen brauchen Fachkräfte – und Fachkräfte brauchen Wohnraum. Die Bauwirtschaft ist eine Schlüsselbranche und sie wieder in Gang zu bringen ist eine Grundvoraussetzung für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Hier, wie auch für die Wirtschaft allgemein, möchte ich mit liberalen Lösungsansätzen – weniger Staat, Wachstum durch Innovationen – dafür sorgen, dass der Freiraum für unternehmerisches Handeln geschaffen wird, so dass Baden-Württemberg in Zukunft wieder an der Spitze steht.

Untrennbar mit der Wirtschaft verbunden ist für mich mein Herzensthema: die Bildung. Mein Vater sagte zum Studienabschluss zu mir: „Das einzige, das ich Dir ins Leben mitgeben kann, ist eine gute Bildung. Was Du im Kopf hast, kann Dir niemand mehr nehmen. Wenn alles mal weg sein sollte und niemand helfen kann: Du kannst es jetzt aus eigener Kraft immer wieder schaffen.“ Und darum muss es in der

Bildung gehen: Die jungen Menschen zu befähigen, auf eigenen Beinen zu stehen und die Herausforderungen des Lebens selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu meistern. Doch wir bereiten die Kinder von heute in Schulen von gestern mit linken Methoden von vorgestern auf die Probleme von übermorgen vor. Wir brauchen einen neuen Masterplan für die Bildung der Zukunft, vom frühkindlichen Bereich bis zum höchsten Abschluss. Damit auch die nachfolgenden Generationen unsere Ausbildungsorte als eigenverantwortlich handelnde Menschen verlassen können.

Hierfür möchte ich mich einsetzen – für die Zukunft Baden-Württembergs. Damit auch die junge Generation ihre Zukunft wieder hier sieht.

ZWEITKANDIDAT: STEFAN FISCHER

Die Lage in Baden-Württemberg ist ernst – gerade wir junge Menschen spüren das besonders. Viele haben den Glauben an die Zukunft verloren. Das wollen wir ändern.

Mein Name ist Stefan Fischer, engagiert seit Jahren für die liberale Sache – als Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Stuttgart, als Landesombudsperson der JuLis Baden-Württemberg und zuvor zwei Jahre als Sprecher im Stuttgarter Jugendgemeinderat. Baden-Württemberg braucht eine Zukunftswende: ein besseres Bildungssystem, mehr Mut zur Innovation und eine wirtschaftliche Wende.

Ich will anpacken – für eine starke liberale Stimme, die an morgen denkt statt nur ans Jetzt, die Perspektiven schafft statt zu verwalten. Für ein Land, in dem sich Schaffen wieder lohnt.



WK II

FRIEDRICH HAAG UND VOLKER WEIL

- + geboren: 20.1.1989
- + selbstständig, nach Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann
- + Landwirt im Nebenerwerb
- + ledig, wohnhaft in Stuttgart-Degerloch
- + Ehrenämter: Mitglied Freiwillige Feuerwehr Stuttgart, Abt. Degerloch/Hoffeld, Stiftungsrat der Helene Pfleiderer-Stiftung
- + Durch Beruf und Ehrenamt stark im Wahlkreis verwurzelt und nahe bei den Menschen. Das ist mir persönlich extrem wichtig. So erfahre ich direkt deren Sorgen und Nöte.

Mit fast 13% der Stimmen wurde ich 2021 erstmals in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Ich bin Sprecher der Fraktion für individuelle Mobilität und für Wohnungsbaupolitik sowie Mitglied in den Ausschüssen Verkehr und Landesentwicklung und Wohnen des Landtages. Seit 2023 bin ich Vorsitzender des Landesfachausschuss Verkehr der FDP Baden-Württemberg und seit 2024 auch Stadtrat in Stuttgart.

Meine politischen Schwerpunkte:

BAUEN MUSS SCHNELLER UND GÜNSTIGER WERDEN

Über 10.000 Wohnungen werden im Land jedes Jahr zu wenig gebaut und der Eigenheimerwerb ist für viele Menschen nicht mehr leistbar. Wir müssen endlich den Turbo für den Wohnungsbau zünden. Denn wenn Fachkräfte und Azubis im Mittelstand oder Polizisten keine Wohnungen nahe ihrer Arbeitsplätze finden, ziehen sie weg oder kommen erst gar nicht. Ich setze mich deshalb für schnelleres und günstigeres Bauen ein, etwa durch serielles Bauen und ohne Kostentreiber wie die Pflicht für Fahrradstellplätze und PV-Anlagen auf dem Dach. Auch die Grunderwerbsteuer von fünf Prozent ist zu hoch. Eigentum ist nicht nur Leistungsanreiz, sondern gleichzeitig die beste Altersvorsorge.

SICHERHEIT FÜR DIE MENSCHEN IN STUTTGART

Was mir noch am Herzen liegt: Sicherheit, Rettungsdienste und Bevölkerungsschutz. Die hohe Zahl an unbesetzten Stellen auf den Polizeirevieren in der Landeshauptstadt (teils mehr als 20 Prozent) ist nicht hinnehmbar. Wir brauchen genügend Polizei auf der Straße, nicht nur in der Innenstadt. Zudem sollten die Beamtinnen und Beamten moderne Räumlichkeiten nutzen können, was nicht auf allen Revieren der Fall ist. Für Rettungsdienste, Feuerwehr und Einheiten des Bevölkerungsschutzes fordere ich ebenfalls beste Rahmenbedingungen, Ausrüstung und notwendige moderne Fahrzeuge.

DIE AUTOMOBILWIRTSCHAFT SICHERT UNSEREN WOHLSTAND

Wir brauchen weiterhin eine technologieoffene Mobilität, um so den Innovations- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu erhalten. Eine reine Fokussierung auf E-Autos, wie sie die Grünen verfolgen, ist der falsche Weg. Wir müssen Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg miteinander verbinden, um Arbeitsplätze in unserer Schlüsselindustrie zu erhalten und neue zu schaffen. Das gelingt nur, wenn wir Fahrzeuge mit synthetischen Kraftstoffen betreiben, mit Wasserstoff- oder Brennstoffzellenantrieb. Die Vielfalt ist der Schlüssel zum Erfolg.

Mehr über meine Arbeit im Landtag unter www.friedrich-haag.de

ZWEITKANDIDAT: VOLKER WEIL

Volker Weil kommt aus Stuttgart-Vaihingen, ist 57 Jahre alt, verheirateter Familienvater und in der IT-Branche tätig. Volker ist stv. FDP-Kreisvorsitzender und war bis Juli 2024 Regionalrat. Bereits 2016 und 2021 war er Zweitkandidat im Wahlkreis 2. Im letzten Wahlkampf bildeten wir bereits ein starkes Team.



WK III

GABRIELE HEISE UND DAJANA HUMMEL

Kurzvita:
Jahrgang 1966,
verheiratet
2 Kinder
Rechtsanwältin

VIELES KANN NICHT SO BLEIBEN, WIE ES IST, WENN ES GUT BLEIBEN SOLL

Zehn Jahre ist es her, dass ich schon einmal im Wahlkreis III kandidiert habe. Damals galt es zu verhindern, dass der zur AfD übergetretene, ehemalige Fraktionsvorsitzende der FDP Gemeinderatsfraktion ein Landtagsmandat erringt. Dies ist uns gelungen.

Heute sind die Herausforderungen noch größer: Die AfD hat erheblich an Zuspruch gewonnen. Die Situation vieler Unternehmen ist schlecht. Tausende Arbeitsplätze sind bereits verloren gegangen, unsere Region als großer Industriestandort ist besonders betroffen. Zwar wird vieles, was Wachstum und Innovationen hemmt, im Bund und in Europa beschlossen. Aber auch die Landesregierung trägt ihren Teil dazu bei. Statt die Rahmenbedingungen zu verbessern und Innovationshemmnisse zu beseitigen, sucht sie ihr Heil in der Verschärfung von Regelungen.

Eine starke **Wirtschaft** ist kein Selbstzweck. Sie ist notwendige Voraussetzung dafür, dass es den Menschen gut geht, dass Innovationen möglich sind und in Zukunftstechnologien investiert wird, dass die notwendigen Mittel für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen erwirtschaftet werden, dass wir in unsere innere wie äußere Sicherheit investieren und unsere sozialen Sicherungssysteme finanzieren können. Deshalb brauchen wir eine Politik, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass Unternehmen im Land investieren und sich vor Ort mutig den Herausforderungen der Transformation stellen.

In der **Bildungspolitik** ist unser Land von einem der vordersten Plätze auf die hinteren Ränge abgerutscht. Statt Bildungsideologie und Gleichmacherei brauchen wir wieder

mehr Chancengerechtigkeit. Für alle Kinder im Land muss die beste Bildung gerade gut genug sein. Das gilt nicht nur für die schulische Bildung, sondern auch für die berufliche Ausbildung und die akademische Bildung. Sie müssen wir wieder stark machen.

Seit seinem Amtsantritt führt der grüne **Verkehrsminister** einen Krieg gegen das Auto. Richtig ist, dass wir im Land einen gut ausgebauten, funktionierenden ÖPNV brauchen. Richtig ist aber auch, dass wir gut ausgebaute, intakte und auch neue Straßen benötigen. Prominentes Beispiel dafür ist der sog. Nordoststring. Führende Unternehmen machen sich für ihn als Tunnelvariante stark. Und was macht der Verkehrsminister? Er verweigert jegliches Gespräch mit den Initiatoren. Das zeugt von einer Überheblichkeit und Ignoranz, die ihresgleichen sucht.

Diese Beispiele ließen sich noch weiter fortsetzen. Damit muss Schluss sein. Unser Land hat Besseres verdient als das, was es derzeit bekommt.

Wir haben mit Friedrich Haag einen exzellenten Abgeordneten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass noch drei weitere Abgeordnete dazu kommen.

ZWEITKANDIDATIN: DAJANA HUMMEL

- Beruf: Wirtschaftspsychologin
- Jahrgang 1984
- Familienstand: verheiratet, 1 Tochter
- Politische Ämter/Mandate: Beisitzerin KV Stuttgart, stv. Bezirksbeirätin Stuttgart-Mitte
- Kandidatin zur Europawahl 2024
- Delegierte Landes- und Bezirksparteitage seit 2018/19

Erfahrene und erfolgreiche Wahlkämpferin mit Schwerpunkten Wirtschaft, Bauen, Migration und Sicherheit



WK IV

JULIANE BECKER UND MICHAEL MARQUARDT

Liebe Parteifreunde,

Warum **Wahlkreis 4**?

Weil er einer der größten und heterogensten in Stuttgart ist?
Weil er landschaftlich so abwechslungsreich ist?
Weil ich im letzten Wahlkampf gemerkt habe, wie gut mein Hund hier ankommt? All das – und noch viel mehr!

Ich habe recherchiert: Im Schnitt gehen hier rund 40 % der Wahlberechtigten nicht zur Wahl. Darunter sind, je nach Statistik, zwischen 20 und 30 % aus migrantischen Milieus. Hinzu kommt eine hohe Zahl junger Wähler und 2026 sogar viele Erstwähler. Hier setze ich an, weil ich überzeugt bin, dass **wir als FDP** in diesem Wahlkreis ein enormes Potenzial haben. Gerade hier sind unsere liberalen Grundsätze zu **Bildung, Aufstiegschancen und wirtschaftlicher Freiheit** wichtig. Ich weiß aus meiner beruflichen Erfahrung, wie stark das Bedürfnis nach Chancengerechtigkeit, nach eigenverantwortlicher Lebensgestaltung und nach einer guten Bildung ist – insbesondere und auch in migrantisch geprägten Milieus. Genau dafür steht die FDP mehr als jede andere Partei.

Als Lehrerin im beruflichen Schulwesen habe ich täglich mit jenen Menschen zu tun, die wir erreichen möchten. Und es waren auch genau diese, die mir vor ein paar Jahren ans Herz gelegt haben: „Frau Becker, gehen **Sie** in die Politik! Sie würden wir wählen.“ Diese Worte haben mich bewegt und bestärkt. Ich glaube fest daran, dass ich dieses Vertrauen für die **FDP** in Erfolg umsetzen kann.

Weil ich dank meiner Arbeit weiß, wie man mit diesen Zielgruppen ins Gespräch kommt. Weil meine Schülerinnen und Schüler, die zum großen Teil selbst einen Migrationshintergrund haben, mich ermutigt haben, mich politisch zu engagieren. **Sie** würden mich wählen – und ich bin sicher, dass dieses Vertrauen auch in den Stadtteilen des Wahlkreises 4 trägt.

Mein Versprechen: „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?“

Dieser Wahlkampf lässt sich natürlich nicht in sechs Wochen – oder selbst in sechs Monaten – voll durchziehen, aber sollten Sie mich heute wählen, beginnt mein Wahlkampf morgen. Ich bin hoch motiviert, mit vollem Einsatz und klaren liberalen Ideen an den Start zu gehen. Gemeinsam mit Ihnen. Dankeschön

ZWEITKANDIDAT: MICHAEL MARQUARDT

Liebe Freundinnen und Freunde,

als Zweitkandidat freue ich mich darauf unsere Juliane Becker im Wahlkampf zu unterstützen.

Als gebürtiger Stuttgarter feiere ich dieses Jahr meinen 56. Geburtstag, bin seit 11 Jahren mit meinem Mann Alexander glücklich verheiratet, beide sind wir als Selbstständige in Untertürkheim ansässig. Beruflich führe ich seit 17 Jahren erfolgreich eine Generalagentur der Württembergischen Versicherung.

Ich bin seit 19 Jahren Mitglied der Stuttgarter FDP, nunmehr im 5. Jahr als Kreisschatzmeister im Ehrenamt aktiv und seit 15 Jahren vertrete ich die FDP im Bezirksbeirat Untertürkheim. Zudem bin ich Schöffengericht am Landgericht Stuttgart und kümmere mich im Stiftungsrat der Daimler-Motoren-Stiftung für die Kindertagesstätte Schlössle um die Finanzen.

Im Jahr 2011 habe ich selbst als Kandidat im Wahlkreis Stuttgart IV kandidiert, der Wahlkreis war und ist sehr vielschichtig, kontrovers, herausfordernd, ein Querschnitt durch alle Bevölkerungsschichten und Bevölkerungsgruppen, er wird uns viel Engagement und Fleiß abverlangen – dennoch habe ich die Aufgabe gerne übernommen und freue mich auf den Wahlkampf für die Stimme der Freiheit und der Selbstbestimmung.

Liebe Grüße

MM

BEZIRKSPARTEITAG IN REMSHALDEN



Wolf Dieter Dallinger
Beisitzer im Kreisvorstand

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Gemäß diesem Motto stand der Bezirksparteitag am 5. April 2025 im Schnaithmann-Forum in Remshalden ganz im Zeichen der Listenaufstellung zur Landtagswahl. Karl Schnaithmann, zusammen mit seiner Ehefrau Roswitha der Gründer von Schnaithmann Maschinenbau, hielt ein Grußwort und legte die Aussicht und Lage des deutschen Maschinenbaus dar.

RECHENSCHAFTSBERICHT DES BEZIRKS- VORSITZENDEN HARTFRID WOLFF UND AUSSPRACHE

Hartfrid Wolff hielt den Rechenschaftsbericht bewusst kurz. Ein Schwerpunkt bildete sein flammendes Plädoyer für die Listenaufstellung nach dem neuen Wahlrecht. Er zitierte den ersten Ministerpräsidenten des Landes Reinhold Maier (FDP) mit „ebbes Doktor, ebbes Bäcker“ für eine Ausgewo-



→ Die FDP Stuttgart auf dem Bezirksparteitag

genheit der Berufe auf unserer Wahlliste und sprach sich für den Proporz zwischen Stadt und Land aus. Die Nachteile des neuen und Vorteile des alten Wahlrechtes sprach er nicht an. War doch das alte Wahlrecht zutiefst basisdemokratisch. Denn die Reihenfolge der Mandate wurde nicht im Hintergrund ausgehandelt, sondern vom Wähler an der Wahlurne bestimmt: Die Reihenfolge ergab sich am Wahltag aus den erreichten Prozenten in den einzelnen Wahlkreisen.

Es schlossen sich der Zwischenbericht des Schatzmeisters und die Aussprache an. Vor allem jüngere Mitglieder nutzten die Möglichkeit, politische Impulse zu setzen. Die Breite der liberalen Gesellschaft und der ganzheitliche Liberalismus wurden angesprochen, gleichzeitig die wichtige Rolle der Wirtschaftspolitik betont. Die bessere Einbindung von Jugend und Frauen in die Partei wurde gefordert. Die Ausbaufähigkeit der Kommunikation der Partei auf allen Ebenen angemahnt. Für Flügelkämpfe sei die Partei zu klein, wir müssten alle Strömungen innerhalb der Partei einbinden. Es gab Plädoyers für mehr Selbstbewusstsein der Partei, gegen links-grün, gegen Ausschließeritis und für ein besseres Angebot an den Wähler.



→ **Stefan Fischer, Vorsitzender der Jungen Liberalen Stuttgart**

Stefan Fischer, der Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen in Stuttgart, sprach sich für Generationengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit aus und forderte ein Versprechen für die Jugend ein. Die FDP solle sich zudem weniger echauffieren, wenn andere etwas falsch machen, sondern mehr darstellen, für was sie selber steht.

WAHL DER REIHENFOLGE DER KANDIDATEN FÜR DIE EMPFEHLUNG DES BEZIRKES AN DIE LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG

Am 5. Juli 2025 wird die Wahlliste für die Landtagswahl auf der Landesvertreterversammlung von den 400 Delegierten aufgestellt. Auf dem Bezirksparteitag wurde hierzu eine Liste mit sieben Kandidaten als Empfehlung für die Landesvertreterversammlung per Wahl zusammengestellt. Auf Platz 1

bis 5 traten die bisherigen Landtagsabgeordneten an. Auf Platz 1 kandidierte Jochen Haußmann MdL aus dem Rems-Murr-Kreis und wurde mit 94 % der Stimmen gewählt.



→ **Friedrich Haag MdL, unser Kandidat im Wahlkreis Stuttgart II**

Unser Stuttgarter Landtagsabgeordneter Friedrich Haag MdL aus dem Wahlkreis Stuttgart II trat auf Platz 2 an und hielt von den sieben Kandidaten die beste Rede mit viel Elan. Er sprach über Technologieoffenheit, die Automobilindustrie und den Wohlstand und die gut bezahlten Arbeitsplätze, die davon abhängen.

Er betonte den Wohnungsbau und die Wohnungsnot als zentrale Frage der Zeit. Es werde viel zu wenig gebaut. Die Landesregierung treibe die Kosten durch immer mehr Auflagen und höhere Steuern. Er mahnte an, dass jede fünfte Wohnung im Landeseigentum zurzeit leer stehe, und forderte, dass das Land den privaten Wohnungsbau erleichtern müsse. Er kritisierte die Schuldenpolitik als Politik gegen die nächste Generation.

Das Land habe seit 2011 43 % mehr Stellen in der Landesverwaltung geschaffen, die im Wesentlichen mit dem seit damals entstandenen Mehr an Bürokratie beschäftigt seien, und forderte einen deutlichen Bürokratieabbau. Friedrich Haag wurde mit 92 % der Stimmen gewählt.

Auf Platz 3 wurde es dann etwas spannend. Julia Goll MdL aus dem Rems-Murr-Kreis und Hans Dieter Scheerer MdL aus dem Kreis Böblingen traten gegeneinander an. Julia Goll setzte sich mit 54 zu 41 % durch. Hans Dieter Scheerer wurde im Anschluss mit 84 % der Stimmen auf Platz 4 gewählt.

Dennis Birnstock MdL (Kreis Esslingen) mit 96 %, Wolfgang Vogt (Kreis Ludwigsburg) mit 73 % und Peter Körber (Kreis Göppingen) mit 85 % komplettierten die Liste.

UNSERE KANDIDATINNEN IN DEN DREI WEITEREN STUTTGARTER WAHLKREISEN



→ **Claudia Schober (links), unsere Kandidatin im Wahlkreis Stuttgart I, Gabriele Heise (mitte), unsere Kandidatin im Wahlkreis Stuttgart III, Juliane Becker (rechts), unsere Kandidatin im Wahlkreis Stuttgart IV**

Im Anschluss präsentierten sich – zusammen mit den weiteren Kandidaten aus dem Bezirk – unsere Stuttgarter Kandidatinnen Claudia Schober aus dem Wahlkreis Stuttgart I (Innenstadt), Gabriele Heise (Stuttgart III, nördliche Stadtbezirke) und Juliane Becker (Stuttgart IV, östliche Stadtbezirke) dem Bezirksparteitag mit ihren jeweiligen Themenschwerpunkten Bildung, Bauen und Wohnen.

REDE DES LANDESVORSITZENDEN DR. HANS-ULRICH RÜLKE



→ **Unser Landesvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL**

Dr. Rülke ging zuerst auf die Bundestagswahl ein. Die FDP Baden-Württemberg hat das beste Ergebnis aller Landesverbände erreicht. Unsere Spitzenkandidatin und bisherige Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Judith Skudelný holte innerhalb des Landes das beste Ergebnis. Die Ampel sei daran gescheitert, dass die führenden Personen der Koalition nicht miteinander konnten und dies nach außen getragen wurde. Er verstehe sich gut mit den beiden Parteivorsitzenden Manuel Hagel MdL (CDU) und Andreas Stoch MdL (SPD). Der Wunsch sei natürlich eine Regierung, die nicht lager-

übergreifend ist, also schwarz-gelb. Dies dürfen die Mitglieder der FDP im Wahlkampf auch so kommunizieren. Das Ziel sei ein gutes Ergebnis bei der Landtagswahl, der ersten Wahl nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag. Insofern habe diese Wahl auch eine besondere Bedeutung für die Zukunft der Partei. Die fünf Landtagsabgeordneten aus dem Bezirk Stuttgart möchte er wieder im Landtag sehen.

Mit der Zulassung des FDP-Volksbegehrens zur Verkleinerung des Landtages habe Innenminister Strobl eine herbe Niederlage vor Gericht erlitten. Am 5. Mai 2025 beginnt die dreimonatige amtliche Sammlung von Stimmen und die sechsmonatige offene Sammlung. Dies sei damit ein gutes Thema für den Wahlkampf.

Die FDP werde keinen Koalitionswahlkampf führen, sondern für sich selber stehen. Er hob vier wichtige Punkte für das Wahlprogramm und die nächste Legislaturperiode im Landtag hervor:

1. Die Wirtschaftswende. Wirtschaftspolitik sei auf Länderebene Infrastrukturpolitik, Energiepolitik, Landesplanung und Wohnungsbau. Wir brauchen ein Wirtschafts- und Infrastrukturministerium.
2. Die Bildungswende. Voraussetzung für eine gute Wirtschaft sei die gute Bildung. Er forderte wieder Leistungsorientierung in Sport und Schule. Und nicht eine Schule für alle, sondern die richtige Schule für jeden.
3. Die Bürokratiewende. Jeder verspreche Bürokratieabbau, aber keiner hält es. Wir stellen uns gegen die zusätzliche Verschärfung auf Landesebene von Auflagen, die vom Bund und der EU kommen. Gesetzesregelungen dürften nicht mehr auf Dauer bestehen, sondern bräuchten ein Verfallsdatum, damit zukünftige Landtage sich erneut mit Gesetzen beschäftigen müssten, so sie diese denn weiterhin haben wollten. Zudem sollten für jede neue Regelung idealerweise zwei bestehende abgebaut werden. Wichtig sei ihm, dass der Staat keine Daten, die ihm bereits vorliegen, erneut vom Bürger erheben darf. Die Digitalisierung der Verwaltung müsse deutlich vorangebracht werden.
4. Die Transformationswende. Transformation ist für den Klimaschutz notwendig. Mobilität, Wärme und Energie müssen einen Beitrag leisten. Es gehe darum, Technologien nicht zu verbieten, sondern sie umwelt- und klimafreundlich zu machen. Dann solle der Markt entscheiden und nicht die Planwirtschaft. Die FDP habe Vertrauen in Bürger und Wirtschaft. Viele andere Parteien vertrauten in erster Linie dem Staat, nicht dem Bürger und der Wirtschaft.



OSTEREIER-AKTION IN DEN STADTGRUPPEN



GELUNGENER START IN DIE INHALTLICHE ARBEIT



Claudia Schober
Vorsitzende AK Bauen & Wohnen

Wie in der Kick-off-Veranstaltung bereits geplant, wird sich der Arbeitskreis zunächst intensiver mit dem Wohnungsmarkt in Stuttgart auseinandersetzen und ein gemeinsames Verständnis über die Zahlenbasis der Ist-Situation gewinnen, um auf dieser Basis Ideen und Lösungsvorschläge zu entwickeln, wie der Wohnraumproblematik mit einem liberalen, also marktwirtschaftlich orientierten Denkansatz begegnet werden könnte.

Hierzu war der Arbeitskreis mit acht Teilnehmern am 22. Januar 2025 zu Gast bei Haus & Grund Stuttgart, wo uns Ulrich Wecker, Geschäftsführer von Haus & Grund Stuttgart, im Rahmen einer Präsentation über den Wohnungsmarkt Stuttgart informierte. Er ging dabei auf die Entwicklung der Baugenehmigungen, Preisentwicklung und Neubauaktivitäten, die Eigentümerstruktur in der Landeshauptstadt, die Prognose der Bevölkerungsentwicklung, die Mietentwicklung sowie die Vermietungssituation sowie aktuelle Herausforderungen für Vermieter ein, bevor er seinen Vortrag mit Handlungsempfehlungen von Haus & Grund abschloss. Schon während des Vortrags, insbesondere jedoch im Anschluss ergab sich eine rege Diskussion, in der die anwesenden Teilnehmer die Wohnungsmarktsituation u. a. auch mit eigenen Erfahrungen bestätigten, aber auch die Gründe für die verfahrenere Situation erörterten. Für die angenehme Stimmung sorgte nicht zuletzt die reichhaltige und leckere Bewirtung durch Haus & Grund, für die wir uns an dieser Stelle nochmals herzlich bedanken!

Am 19. März 2025 traf sich der Arbeitskreis erneut. Unser Stadtrat Eric Neumann berichtete aus einer Ausschuss-Sitzung vom selben Tag im Ausschuss für Digitalisierung der Stadt Stuttgart, in dem das Baurechtsamt über den Status

der Digitalisierung des Amtes berichtete. Das Fazit war leider wenig ermutigend, da das Digitalisierungsprojekt zwar voranschreitet, es jedoch keinerlei Informationen darüber gab, ob das Projekt im Zeitplan liegt bzw. ob es überhaupt einen Zeitplan gibt, so dass unklar blieb, wann das Projekt abgeschlossen sein soll, ob inhaltliche und zeitliche Meilensteine definiert wurden oder ob es ein Projektcontrolling gibt, das Abweichungen identifiziert und deren Gründe eruiert. In der weiteren Diskussion entwickelte der Arbeitskreis drei konkrete Maßnahmen-Vorschläge für die Gemeinderats-Fraktion, um eine Beschleunigung der aktuellen, analogen Prozesse anzustoßen, wobei es sich bei einem Vorschlag auch um die Umsetzung einer Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm handelt.

Aus der kurzen Rekapitulation unseres Treffens bei Haus & Grund Stuttgart ergab sich der Wunsch, sich nochmals eingehender mit dem Thema Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Stuttgart zu befassen, um die zukünftigen Bedarfe besser zu verstehen. Die 2021 von der Stadt Stuttgart erstellte Wohnungsbedarfsanalyse 2030 sollte jetzt, im Jahr 2025 aktualisiert werden, wobei neuere Zahlen des Statistikamtes im April vorgelegt werden sollten. Dies wird uns beim nächsten Mal beschäftigen.

Das nächste Treffen ist für den 21. Mai 2025 vorgesehen. Weitere Interessenten sind jederzeit herzlich willkommen! Wendet Euch hierfür bitte an die Kreisgeschäftsstelle bzw. unseren Kreisgeschäftsführer, Christian Schleppe.

„STARS IM SÜDEN“ – EIN GELUNGENER AUFTAKT MIT CLAUDIA SCHOBER



Juliane Becker
Stv. Stadtgruppenvorsitzende Mitte/Süd

Mit ihrer neuen Reihe „Stars im Süden“ möchte die FDP Stuttgart, Stadtgruppe Mitte/Süd, in lockeren Abständen interessante Persönlichkeiten aus und außerhalb der Partei zu ihren Sitzungen einladen. Den Auftakt machte jüngst die Unternehmerin und Mutter **Claudia Schober**, 49, die bei den kommenden Landtagswahlen im Wahlkreis I für die Freien Demokraten antritt.

IMPULSE FÜR WOHNUNGSBAU UND STADTENTWICKLUNG

Claudia Schober gab spannende Einblicke in ihre Tätigkeit als Projektentwicklerin im Wohnungsbau. Besonders kritisch sieht sie, dass die Stadt Stuttgart bei jeder Immobilie, die auf den Markt kommt, ein grundsätzliches Vorkaufsrecht besitzt und zugleich beim Bauen strenge und kostspielige Vorgaben macht. „Das erschwert nicht nur Investitionen, sondern verteuert gleichzeitig den Wohnraum für alle“, betonte Schober. Als Kandidatin möchte sie hier künftig für mehr Flexibilität und weniger Bürokratie sorgen.



→ Die Landtagskandidatinnen **Juliane Becker** (links) und **Claudia Schober**

FOKUS AUF CHANGEGLEICHHEIT IN DER BILDUNG

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Ausführungen war die Bildungspolitik. Schober liegt vor allem die Chancengleichheit aller Kinder am Herzen, unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund der Eltern. „Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Kind aufgrund seiner Herkunft schlechtere Startbedingungen hat“, so Schober. Ihre Forderung: Eine modernere und durchlässigere Bildungslandschaft, die allen Kindern gleiche Möglichkeiten eröffnet.

LEBHAFTER AUSTAUSCH MIT JULIANE BECKER

Schnell entwickelte sich eine angeregte Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligten. Besonders spannend war der Austausch mit der stellvertretenden Stadtgruppenvorsitzenden **Juliane Becker**, die im Wahlkreis IV ins Landtagsrennen geht und sich ebenfalls beruflich sowie politisch für Schulen und Bildung engagiert. Gemeinsam erörterten Schober und Becker, wie man Reformen effizient umsetzen und den Unterricht künftig besser an die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern anpassen kann.

Das Fazit der Auftaktveranstaltung: Das Format „Stars im Süden“ fördert nicht nur den Dialog zwischen Parteimitgliedern und Gästen, sondern schafft auch Raum für kontroverse Diskussionen und frische Ideen. Mit so viel Elan und Expertise kann man gespannt auf die nächsten Ausgaben der Reihe blicken.

Nächster Gast der Reihe ist am 21. Mai 2025 der Stuttgarter Landtagsabgeordnete **Friedrich Haag**. Gäste sind herzlich willkommen.

NEUES AUS DER STADTGRUPPE NORD



Wolf Dieter Dallinger
Stadtgruppenvorsitzender Nord

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Passend zu diesem Motto war bei unserer Stadtgruppensitzung Ende Februar und vier Tage nach der Bundestagswahl unser Landtagsabgeordneter **Friedrich Haag** MdL zu Gast. Aktuelles aus dem Landtag und insbesondere das Ergebnis der Bundestagswahl aus Landessicht und der Ausblick auf die Landtagswahl am 8. März 2026 waren die Themen des Abends.



→ **Jahreshauptversammlung: Claudia Schober, Heike Henzler, Gerhard Henzler, Nico Haug, Bernd Zimmermann, Angelika Barwasser, Dr. Markus Martin, Wolf Dieter Dallinger, Armin Serwani, Daniel Flad und Dr. Frank Finzenhagen**

Anfang April fand die Jahreshauptversammlung der Stadtgruppe ohne Vorstandswahlen statt. Gelegenheit für einen Rückblick auf das vergangene Jahr mit zwei intensiven Wahlkämpfen mit zahlreichen Ständen und vielen verteilten Wahlkampf-flyern.

Sechs Stadtgruppensitzungen mit vielen Gästen, die uns Spannendes zu berichten wussten: **Judith Skudelny** MdB mit Aktuellem aus dem Bundestag. **Stefan Fischer** berichtete uns zu den Jungen Liberalen. **Elisabeth Kalb** sprach über



→ **Viel Optimismus im Wahlkampf – vielleicht waren zehn Prozent zu hoch gegriffen, fünf hätten es aber bundesweit schon sein dürfen. 8,9 Prozent wurden es im Stadtbezirk. Dr. Susanne Pioch, Armin Serwani, Heike Henzler, Claudia Schober, Daniel Flad, Wolf Dieter Dallinger und Dr. Markus Martin**

die Europa-Union. **Christian Bernhardt** berichtete aus dem Arbeitskreis Digitalisierung und dem Landesfachausschuss Digitales. **Susanne Winkler** präsentierte uns die Liberalen Frauen. **Mark Wieczorrek** sprach über seine Bundestagskandidatur.

Fünf Treffen der Stadtgruppe fanden statt: Wir trafen uns zur Maiwanderung gemeinsam mit anderen Stadtgruppen und davor und danach auf dem Maimarkt in der Helfferichstraße, auf dem Fischmarkt, zum Sommerbiertgarten, auf dem Weindorf und auf dem Weihnachtsmarkt. Eine Vortragsveranstaltung mit **Renata Alt** MdB über geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für Deutschland und Europa fiel zufällig, aber passend mitten in den Bundestagswahlkampf. In einer Vorstandsklausur haben wir die bessere Sichtbarkeit im Stadtbezirk und die anstehenden Wahlen geplant.



→ **Angelika Barwasser bei der Bestellung zur stellvertretenden Bezirksvorsteherin durch die Bezirksvorsteherin Sabine Mezger**

Wir konnten unseren Sitz im Bezirksbeirat sichern. Das Team aus **Angelika Barwasser** und **Wolf Dieter Dallinger** als Stellvertreter wird uns weiterhin im Bezirksbeirat vertreten. Angelika Barwasser wurde zudem zur stellvertretenden Bezirksvorsteherin bestellt – das erste Mal seit 40 Jahren, dass die FDP in den inneren Stadtbezirken einen solchen Posten errungen hat.



→ **Unser Team für den Wahlkreis Stuttgart I: Claudia Schober und Stefan Fischer**

Top-Thema Nummer 1 im Ausblick auf die zweite Hälfte der Vorstandsperiode ist der Landtagswahlkampf. Unsere stellvertretende Stadtgruppenvorsitzende **Claudia Schober** kandidiert zusammen mit dem bisherigen Kreisvorsitzenden der Jungen Liberalen **Stefan Fischer** als Ersatzkandidat im Wahlkreis Stuttgart I. Das zweite Volksbegehren zum Thema „XXL-Landtag verkleinern“ bietet einen tollen Anlass, in der Zeit bis zum Start des Landtagswahlkampfes mit Infoständen Präsenz zu zeigen. Und wir planen weitere Vortragsveranstaltungen mit interessanten Rednern.

AUS DEM BEZIRKSBEIRAT

Auf zwei Außenterminen besichtigten wir das neue Flüchtlingswohnheim an der Parlerstraße neben dem Tennisclub Weißenhof und den Zustand der Friedrich-Ebert-Straße und der Anlagen entlang der Straße. Der Vorsitzende des Bürgervereins „Unterm Weissenhof e. V.“ **Dr. Frank Finzenhagen**



→ **Außentermin an der Friedrich-Ebert-Straße. In der Bildmitte Bezirksvorsteherin Sabine Mezger und unser stellvertretender Stadtgruppenvorsitzender und Vorsitzender des zuständigen Bürgervereins Dr. Frank Finzenhagen**

– gleichzeitig auch stellvertretender Stadtgruppenvorsitzender – brachte mehrere Anträge zwecks Sanierung hierzu ein, damit bis zur Internationalen Bauausstellung 2027 das Umfeld der Weißenhofsiedlung wieder in einen vorzeigbaren Zustand übergeht.

Die Verwaltung präsentierte uns die Planungen zum Flüchtlingswohnheim in der Lenbachstraße, das zwar auf Feuerbacher Gemarkung liegt, aber an zwei Seiten unmittelbar an unseren Stadtbezirk grenzt. Die schlechte Anbindung an Bus und Bahn, die unzureichende Nahversorgung und der Standort mitten auf dem regelmäßig überfüllten Parkplatz des Höhenfreibades waren unsere Kritikpunkte. Wir und der Bezirksbeirat stimmten gegen dieses Flüchtlingswohnheim. Neben vielen weiteren Themen ging es noch um die Baumaßnahmen am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium. Hier präsentierte die Verwaltung eine für die Schule schlechte Einigung in einem Nachbarschaftsstreit, die wesentliche Nutzungseinschränkungen z.B. eines Musiksaales nach sich zieht.



→ **Osterstand in der Helfferichstraße: Tanja Reiners, Claudia Schober, Armin Serwani, Angelika Barwasser und Heikle Henzler**

TERMINE

Am 24. Mai 2025 findet von 12 bis 18 Uhr der Maimarkt in der Helfferichstraße statt. Die Stadtgruppe wird wieder gemeinsam den Maimarkt besuchen.

GEFLÜCHTETENUNTERBRINGUNG: LANGFRISTIGE UND WIRTSCHAFTLICHE LÖSUNGEN MÜSSEN HER



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Die Unterbringung von Geflüchteten im Stadtgebiet bleibt nicht nur ständige Daueraufgabe für die Verwaltung, sondern auch heißes Thema der Stadtpolitik. Zuletzt warf die Vorlage der Stadtverwaltung zur „Tranche 5“ Wellen in Ausschüssen, Bezirksbeiräten und dem Gemeinderat. Vor allem die vier neuen Standorte für Unterkünfte in Modulbauweise stießen bei der Bevölkerung vor Ort aber auch bei mehreren Fraktionen des Rats auf Unverständnis. So auch bei der FDP-Fraktion.

Da für die FDP-Fraktion angesichts abflachender Zuzugszahlen nicht nur die dringende Notwendigkeit für neue Standorte nicht deutlich ersichtlich war, sondern die einzelnen Standorte teils mehr als ungeeignet sind, haben wir zu der Vorlage einen Antrag mit eigenen Vorschlägen eingereicht. Im Folgenden werden die entscheidenden Forderungen und Vorschläge des Antrags vorgestellt:

„Nach Auswertung der Kennzahlen (Stand: 28.02.25, vorgestellt in nicht öffentlicher Sitzung des Sozialausschusses) sind wir der Auffassung, dass in den derzeitigen Unterkünften noch ungenutzte Plätze frei sind, die bereits für die Anschlussunterbringung geschaffen wurden. Wir beantragen daher eine detaillierte Aufstellung aller Unterbringungen, die darüber Aufschluss gibt wo sich aufgrund ungenutzter Plätze möglicherweise noch Personen unterbringen lassen. Die Beendigung kostenintensiver Unterbringung in Hotels muss zwar priorisiert werden, anhand der Kennzahlen lässt sich jedoch keine dringende Notwendigkeit erkennen, dafür eine derart hohe Zahl neuer Unterbringungsplätze an ungeeigneten Standorten zu bewilligen. Unserer Ansicht nach ist der Immobilienmarkt derzeit nicht in einer derart angespannten Situation, dass Sportanlagen oder anderwei-

tig dringend benötigte Freiflächen an infrastrukturell ungeeigneten Standorten auf unbestimmte Zeit belegt oder vernichtet werden müssen. Die Markterkundung im Zuge des Versuchs das ehem. Rilling-Areal ausschreibungsfrei zu einem Konzertforum zu entwickeln, hat zum Angebot von mehreren weiteren geeigneten Immobilien für diesen Zweck geführt. Ähnliches erwarten wir auch im Fall der Geflüchtetenunterbringung. Wir weisen darauf hin, dass derzeit ehemalige Hotelgebäude und ähnliche Immobilien zu erschwinglichen Preisen auf dem Markt sind.

„Aufgrund der Rahmenbedingungen auf dem Immobilienmarkt finden vorerst keine Baumaßnahmen auf dem Gelände statt.“, erklärt die EnBW den Stillstand auf dem Stöckach-Gelände, wo auf 4,25 Hektar einmal 800 Wohnungen im Projekt „Der neue Stöckach“ entstehen sollen. Ebenfalls in Betracht kommt das Gebiet am ehemaligen Gaskessel bis zu seiner städtebaulichen Nachnutzung. Wir fordern die Verwaltung auf, mit der Bauherrin EnBW in Verhandlungen über eine Zwischennutzung dieser beiden Gebiete zu treten.

Die zum Beschluss vorgelegten geplanten Standorte zur Errichtung von Wohnmodulen für die Unterbringung von Geflüchteten sind nicht für diesen Zweck geeignet. Wir beantragen, Ziffer 1. (die Modulbaustandorte betreffend) aus der Vorlage zu streichen, da wir aus folgenden Gründen nicht zustimmen können:

Zu a), Hedelfingen: Die Außensportanlage, die sich an dem Standort befindet ist ein beliebter Aufenthalts- und Bewegungsraum für die Anwohner des Quartiers. Eine Umnutzung dieser Fläche ist nicht zielführend.

Zu b), Feuerbach: Die Infrastruktur an dem Standort ist ungeeignet. Weder die Anbindung an den ÖPNV, noch die Versorgung durch Einkaufsmöglichkeiten ist gewährleistet. Zudem wird die anvisierte Fläche im Sommer als Ausweichparkfläche für Freibadbesucher benötigt, mit einer Belegung der Fläche ist mit massivem Verkehrschaos durch den Parksuchverkehr und enorme Belastung anliegender Wohngebiete durch parkende Besucher zu rechnen.

Zu c), Vaihingen: Vor dem Hintergrund einer baurechtlichen Genehmigung von einem Zeitraum von drei Jahren halten wir die veranschlagten Gesamtkosten von 6,2 Mio. Euro auch unter dem Aspekt der 4,5 Mio. nachhaltigen Investitionen durch angestrebte Weiterverwendung der Module für nicht vertretbar. Wir lehnen damit auch diesen Standort trotz Zustimmung durch den Bezirksbeirat Vaihingen ab. Ziel muss es sein, Standorte für eine Laufzeit von 10 Jahren zu entwickeln.

Zu d), Sillenbuch: Hier ist eigentlich ab 2028 der Bau eines neuen Feuerwehrhauses geplant. Der Standort wäre demnach nur für eine kurzfristige Zwischennutzung von drei Jahren möglich. Das Risiko, dass der Bau des Feuerwehrhauses einer Verlängerung der Unterbringung von Geflüchteten an dieser Stelle zum Opfer fällt ist zu groß. Wir betonen daher ausdrücklich, dass wir den Bau des dringend benötigten neuen Feuerwehrhauses akut bedroht sehen. Eine Zwischennutzung für nur drei Jahre halten wir für unrealistisch. Beispiele an anderer Stelle zeigen, dass aus geplanten fünf Jahren plötzlich 15 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bau für die Freiwillige Feuerwehr ebenso wie die notwendige Erweiterung für die Berufsfeuerwehr planmäßig startet.“ [Der gesamte Antrag

ist in seinem Wortlaut auf dem städtischen Ratsinformationssystem ALLRIS nachzulesen, anhängig zu Vorlage BV 0167/2025]

Die FDP-Fraktion ist sich der Pflichtaufgabe der Stadt, Geflüchtete adäquat unterzubringen, ebenso bewusst wie ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, für verträgliche Lösungen zu kämpfen. Gleichzeitig sehen wir unsere Verantwortung auch darin, nicht grundlegend abzulehnen, sondern Alternativen zu bieten, wenn wir Vorschlägen der Verwaltung nicht zustimmen können. In der Sitzung des Gemeinderats, in der die Vorlage in leicht veränderter Form zur Abstimmung gestellt wurde, hat die FDP-Fraktion Ziffer 1. daher abgelehnt. In der Sitzung merkte der Fraktionsvorsitzende Dr. Matthias Oechner darüber hinaus an, die Stadt habe mit der unverhältnismäßigen Verteilung von zum Beispiel über 70 Geflüchteten pro 1.000 Einwohner in Birkach „den Stuttgarter Weg bereits verlassen“. Deshalb schlägt er vor „die Möglichkeit von größeren Flüchtlingsdörfern mit guter Verwaltungsmöglichkeit wieder in Betracht zu ziehen“, dies habe in der Vergangenheit zum Beispiel in Botnang gut funktioniert. Dabei müsse man außerdem die stark unterrepräsentierten Innenstadtbezirke Ost, West und Mitte stärker in den Fokus nehmen.

Der FDP-Fraktion liegt es demnach fern, die Aufnahme von Geflüchteten abzulehnen oder grundsätzlich erschweren zu wollen. Kritik am Vorgehen bei Planung und Kommunikation von Tranche 5 ist jedoch ebenso geboten, wie den Blick angesichts der aktuellen Entwicklung der Zahlen für andere Optionen in Bestandsgebäuden und auf Brachflächen zu weiten.

UNSER POLITISCHER FAHRPLAN FÜR DAS JAHR 2025: ALLES IM ZEICHEN DES DOPPELHAUSHALTS



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Das kommunalpolitische Jahr 2025 im Stuttgarter Rathaus steht ganz im Zeichen des Doppelhaushalts 2026/2027. „Dunkle Wolken“ sieht der Oberbürgermeister am einst so strahlend blauen Haushaltshimmel der Landeshauptstadt aufziehen. Nach Jahren der ökosozialen Selbstbedienung und Geschenkeverteilung wird bei den Haushaltsverhandlungen im Herbst ein anderer Wind wehen. Auch für die FDP-Fraktion prägt die Beratung des Haushalts im Herbst und die Vorbereitung dieser heißen Phase deshalb den Plan für das politische Jahr.

Zunächst wird die Fraktion dafür Anfang Mai zu einer ersten Klausursitzung zusammenkommen. Auf der Agenda steht bei diesem Treffen die Planung für das restliche Jahr, bei der die Haushaltsberatungen den wichtigsten Fixpunkt darstellen. Die Fraktion plant allerdings bei der zweitägigen Klausur zudem, bei den großen Themen, die Bedeutung für die gesamte Legislaturperiode und die Zukunft der Stadt und Gesellschaft darüber hinaus haben, zu gemeinsamen Richtungsentscheidungen zu kommen. Zu den großen Themenkomplexen Klimaschutz, Verkehr, Wirtschaft und Geflüchtetenunterbringung soll eine gemeinsame Position der Fraktion erarbeitet werden.

Kurz vor der Sommerpause lädt die Fraktion die Bezirksbeiräte der FDP zu einer Vorberatung für die anstehenden Haushaltsberatungen im Herbst. Eine genau terminierte Einladung wird hierzu noch an die Bezirksbeiräte ergehen. Bereits seit Jahresbeginn erhält die Fraktion eine Vielzahl von Haushaltszuschriften von Organisationen und Vereinen der Zivilgesellschaft, die in die Vorbereitungen für die Haushaltsanträge der Fraktion einfließen werden. Ebenso sollen natürlich die ehrenamtlichen Vertreter der Stadtbe-

zirke ihre Anliegen und Belange vortragen können. Den Interessen und Herausforderungen der Einwohnerinnen und Einwohner der verschiedenen Stadtbezirke kann somit bei den Planungen für die Haushaltsberatungen bestmöglich Rechnung getragen werden. Wenn Sie also Ideen, Anliegen oder Vorschläge für den anstehenden Haushaltsplan der nächsten beiden Jahre haben, wenden Sie sich an Ihre Bezirksbeiräte!

Nach der Einbringung des Haushaltsplans durch die Verwaltung Ende September kommt die Fraktion im Oktober dann zu ihrem wichtigsten Termin des Jahres zusammen – der Haushaltsklausur. An drei intensiven Tagen wird der Haushaltsplan der Verwaltung beraten und die Fraktion erarbeitet aus ihren eigenen Ideen und Überzeugungen sowie aus den Beiträgen von Bürgerschaft und Bezirksbeiräten ihre Haushaltsanträge. Bis kurz vor Weihnachten erarbeitet die Verwaltung dann in drei Lesungen gemeinsam mit den Fraktionen des Gemeinderates eine mehrheitsfähige Haushaltssatzung.

Klar ist: mit der aktuellen Wirtschafts- und Haushaltslage muss ein neuer Kurs der Sparsamkeit und Vernunft eingeschlagen werden. Daran wird die FDP-Fraktion im Stuttgarter Rathaus aktiv mitgestalten!

PERSÖNLICHE VORSTELLUNG



Jonas Thum
Referent für Politik und Kommunikation
der FDP-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

seit Anfang März sind wir wieder zu zweit im Büro der Fraktionsgeschäftsstelle im Rathaus. Als Referent für Politik und Kommunikation unterstütze ich unsere Stadträte seither gemeinsam mit meiner Kollegin **Anja Klanke** bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit. Ziel unserer Arbeit: stets die liberale Stimme der Vernunft und Mitte im Gemeinderat zu sein und Stuttgart und seine Bürgerinnen und Bürger mit konstruktiver kommunalpolitischer Arbeit voranzubringen. Dafür bringe ich nicht nur die nötige politische Überzeugung eines langjährigen Parteimitglieds der Freien Demokraten mit, sondern durfte während meines Studiums bereits erste Erfahrungen mit einer ähnlichen Aufgabe bei der FDP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat sammeln. Nach meinem Studium der Politikwissenschaft habe ich die vergangenen zwei Jahre erste Berufserfahrung in der Verwaltung sammeln können. Meine Stelle bei der Stabsstelle Persönliches Referat des Oberbürgermeisters und Öffentlichkeitsarbeit in Leinfelden-Echterdingen schärfte nicht nur mein Verständnis für Prozesse und Herausforderungen der Kommunalpolitik und -verwaltung, sondern erweiterte meine Fähigkeiten im Bereich Öffentlichkeits-, Presse- und Kommunikationsarbeit.

Unser Ziel für die kommenden Jahre wird nicht nur sein, in konstruktiver Zusammenarbeit möglichst viel unseres Wahlprogramms für Stuttgart umzusetzen, sondern gleichzeitig auch das Profil der FDP als dringend benötigtes liberales Element in Stuttgart und darüber hinaus zu schärfen. Dafür wollen wir in Tagespresse, regionalen Medien und Sozialen Medien an Relevanz gewinnen. Diese Medienarbeit auf der einen und die politische Themenarbeit auf der anderen Seite werden die beiden Hauptaufgabenfelder meiner Tätigkeit

für die Fraktion sein. Dabei bin ich jederzeit offen für Anliegen, Themenvorschläge und Gesprächsanfragen. Schreiben Sie mir gerne jederzeit an jonas.thum@stuttgart.de.

Ich freue mich, vielen von Ihnen in der nächsten Zeit auch auf politischen Veranstaltungen zu begegnen.

Ihr Jonas Thum
Referent für Politik und Kommunikation

KURZLEBENSLAUF

- › Geboren am 29. Juni 1997 in Fulda
- › Abitur
- › FDP-Mitglied seit 2019
- › Studium der Politikwissenschaft, Öffentliches Recht in Tübingen
- › Geschäftsführung der FDP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat
- › Mitarbeiter in der Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit, Stadt Leinfelden-Echterdingen
- › Seit 1. März: Referent für Politik und Kommunikation der FDP-Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat

AUCH AM SANDKOPF KEINE WINDRÄDER!



Friedrich Haag
Stadtrat

Windkraftanlagen mitten im Naherholungsgebiet und in Sichtweite zum Schloss Solitude? Dieses Vorhaben schien längst vom Tisch, die Regionalversammlung hatte 2015 ein anvisiertes Gebiet im Tauschwald abgelehnt – aus guten Gründen. Der Artenschutz sowie denkmalschutzrechtliche Einwände gegen Windräder in unmittelbarer Nähe zum Schloss und zur UNESCO Weltkulturerbestätte „Le Corbusier Häuser“ in der Weißenhofsiedlung stehen dem entgegen.

Der Regionalverband hat nun vorläufig eine weitere Fläche am Sandkopf als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windkraftanlagen ausgemacht. Einen Steinwurf vom ungeeigneten Gebiet im Tauschwald scheint alles ganz anders zu sein, der STA gab der Stellungnahme an den Regionalverband, die das Gebiet am Sandkopf als „vertretbar“ bezeichnet, mehrheitlich seine Zustimmung. Jüngst wurde öffentlich: die Stadtwerke planen dort ein Windrad – noch bevor die Regionalversammlung das Gebiet dafür ausgewiesen hat. Doch damit nicht genug: in der Stellungnahme von Bürgermeister Pätzold taucht plötzlich das Gebiet im Tauschwald „gegebenenfalls auch als Erweiterung“ wieder auf. Unsere Position ist klar: Klimaschutzmaßnahmen können immer nur im Einklang mit Mensch und Natur umgesetzt werden, beide Gebiete sind aus den genannten Gründen ungeeignet. Die Wiederbelebung des Gebiets am Tauschwald ist ebenso befremdlich wie die Annahme, ein paar Kilometer weiter sehe die Welt auf einmal ganz anders aus.

DAUERTHEMA GRUNDSTEUERREFORM



Eric Neumann
Stv. Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es bei der Grundsteuer weiterhin Nachsteuerungsbedarf. Aktuellstes Thema: der anteilige Beitrag, den Eigentümer von Wohngrund am gesamten Grundsteueraufkommen gegenüber Gewerbeflächenbesitzern leisten. Dieser verschiebt sich nach ersten Stichproben zu Ungunsten von Wohneigentümern. Auf Anfrage schlägt Landesfinanzminister Bayaz statt einer Anpassung des Landesgrundsteuergesetzes folgenden Hammer vor: Gemeinden sollten die Gewerbesteuer erhöhen, um dem Missverhältnis entgegen zu wirken – aus zwei Gründen nicht zielführend.

Erstens sehen sich Gewerbetreibende ohnehin mit hohen Standortkosten konfrontiert. Eine mögliche Entlastung über sinkende Grundsteuerbeträge halten wir daher vor allem für kleine und mittelständische Betriebe für wünschenswert. Bei höherer Gewerbesteuer wäre stattdessen mit zusätzlicher Mehrbelastung zu rechnen. Das lehnen wir ab. Bei der Anpassung der Hebesätze wurde seinerzeit versprochen, aufkommensneutral vorzugehen – ohne Mehreinnahmen für die Stadt aus der neuen Grundsteuer. Um das Versprechen zu halten, müssten also bei einer Gewerbesteuererhöhung einerseits, die Grundsteuerhebesätze andererseits gesenkt werden. Nach unserer Erfahrung ist die eine Steuer immer schneller erhöht als sie andere gesenkt wird – wir befürchten daher zweitens eine Mehrbelastung für Gewerbetreibende ohne gleichzeitige Entlastung für Wohneigentümer.

KEINE ÖPNV-STEUER IN STUTTGART



Dr. Cornelius Hummel
Stadtrat

Der Tagesordnungspunkt „Lebenswerte Innenstadt“ ließ es schon vermuten und die üblichen Verdächtigen im Stadtentwicklungsausschuss haben geliefert: das Auto als Wurzel allen Übels. Öffentlich geäußerte Fantasie: Wäre doch nur die Innenstadt autofrei und dem uneinsichtigen Individualreisenden durch automatisierte Wegelagerer-Technik sofort die Reifen zerstochen, Stuttgart wäre ein Paradies.

Mit dem jüngst verabschiedeten Landesmobilitätsgesetz droht das nächste Einfallstor, um den Individualverkehr aufs Korn zu nehmen. Für den sogenannten Mobilitätspass können Städte demnach künftig über eine Steuer für zusätzliche ÖPNV-Investitionen entscheiden – zahlbar von ansässigen Kfz-Haltern. Als Ausgleich soll es Guthaben für Fahrkarten geben. Eine solche ÖPNV-Steuer greift eklatant in die freie Wahl des Verkehrsmittels ein. Besonders betroffen: Gewerbetreibende mit unverzichtbarem Fuhrpark, für den sie massiv besteuert werden würden ohne profitieren zu können. Der U-Bahn taugliche Werkzeugschrank muss erst noch erfunden werden. Eine Umlage des Guthabens auf mögliche Jobtickets für die Angestellten bedeutet zumindest erheblichen Bürokratiewuchs. Zudem zeigen steigende Kfz-Zulassungszahlen eine andere Lebenswirklichkeit in Stuttgart. Die Umwandlung von frei verfügbarem Einkommen in ein zweckgebundenes Guthaben zur ideologischen Benachteiligung des Autoverkehrs in Stuttgart lehnen wir ab.

KLIMAZIEL: ON TRACK FÜR 2035



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Stuttgart klimaneutral 2035 – so lautet das ehrgeizige Ziel auf das sich der Gemeinderat im Sommer 2022 geeinigt hat. Anträge von Seiten der politischen Ränder mit erwartungsgemäß gegensätzlichem Inhalt brachten das Thema jüngst auf die Tagesordnung des Klimaausschusses. „Wo ist der Umsetzungsplan der Verwaltungsspitze?“ war von der einen Seite zu lesen, „Verlängerung des Zeitrahmens [...]“ titelten die Anderen. Entweder scheint das Ziel 2035 ohne noch radikalere Maßnahmen also nicht zu schaffen oder es kann gleich ganz abgeräumt werden.

Wie so oft liefern die Fakten nüchtern betrachtet keinen Grund zur Aufregung: Dank massiver Investitionen in den vergangenen Jahren und weiteren geplanten Millionenbeträgen befindet sich die Stadt voll im Plan. Der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden, Investitionen in die Eigenbetriebe der Stadt in dreistelliger Millionenhöhe und umfangreiche Förderprogramme seien hier genannt. Zudem wies OB Dr. Nopper zurecht auch auf die enorme Bedeutung der Automobilbranche für Stuttgarts Wirtschaftskraft hin. Wir finden: 2035 als Ziel im Auge behalten. Gleichzeitig plädieren wir weiterhin für Technologieoffenheit beim Antrieb der Zukunft – zum Beispiel mit dem Diesel-Ersatz HVO 100 anstatt Verbrennerverbot – und für eine Energie- und Verkehrstransformation mit Augenmaß. Was also Klimaneutralität 2035 angeht: keine Panik, wir sind on Track!

KEINE WINDKRAFTANLAGEN IM TAUSCHWALD UND AM SCHLOSS SOLITUDE!



Gabriele Heise
Regionalrätin

Die Regionalversammlung hat am 2. April entschieden, mit welchen Vorranggebieten für Solar- und Windkraftanlagen die Region Stuttgart in die zweite Offenlegungsphase ihres entsprechenden Regionalplanes geht.

Während es zu der Ausweisung von Photovoltaik-Freiflächen, die in Stuttgart unter anderem in Plieningen entlang der A8, in Degerloch und Zuffenhausen vorgesehen sind, kaum Einwendungen gab, hatte die Verbandsverwaltung sich im ersten Beteiligungsverfahren mit rund 6.500 Einwendungen zu der geplanten Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen auseinanderzusetzen. Von den ursprünglich im Jahr 2024 im ersten Planentwurf vorgesehenen 106 Vorranggebieten mussten eine ganze Reihe wegen zwingender Ausschlusskriterien – etwa der Wohnnutzung im Außenbereich, rechtskräftiger Bauleitpläne oder Belange der Flugsicherung – oder zum Schutz vor Umzingelung gestrichen werden.

Dem Antrag der Stadt Stuttgart, das Gebiet um den sog. Tauschwald als Vorranggebiet mit in den Plan aufzunehmen, sind Verbandsverwaltung und Regionalversammlung nicht gefolgt. Die Stadtwerke Stuttgart wollten dort Windkraftanlagen bauen. Bereits vor zehn Jahren war dieses Gebiet allerdings schon einmal von der Regionalversammlung als Vorranggebiet abgelehnt worden, vornehmlich aus Gründen des Natur- und Artenschutzes. Dabei ist es – auch dank unseres Einsatzes als Regionalfraktion – geblieben.

Das Gebiet um den sog. Sandkopf nahe dem Schloss Solitude, das ursprünglich von der Verbandsverwaltung als Vorranggebiet vorgeschlagen worden war, ist vom Planungsausschuss gestrichen worden. Mit Unterstützung von CDU,

Freien Wählern und SPD haben wir dafür gesorgt, dass die Regionalversammlung daran festgehalten hat. Damit ist auch dieses Gebiet nicht mehr als Vorranggebiet vorgesehen. Die Stadtwerke Stuttgart haben bereits angekündigt, ihre Pläne, am Sandkopf und im Tauschwald Windkraftanlagen zu errichten, nicht weiter zu verfolgen. Es steht zu erwarten, dass ein Investor, der ebenfalls im Gebiet Sandkopf Windkraftanlagen geplant hatte, es ihnen gleichtun wird.

Damit bleibt auf Stuttgarter Gemarkung vor allen Dingen das Gebiet am „Grünen Heiner“ als Vorranggebiet übrig. Dort soll das vorhandene Windrad 2027 durch ein deutlich höheres (bis zu rund 250 m) und leistungsfähigeres ersetzt werden.

Mit jetzt nur noch knapp 90 Vorranggebieten, die einem Anteil von knapp 1,9% der Fläche der Region entsprechen, geht der Plan in die zweite Offenlegungsphase, in der weitere Einwendungen und Bedenken vorgebracht werden können. Endgültig über die Gebiete entscheiden wird die Regionalversammlung dann nach der Sommerpause. Damit, dass es dann noch zu gravierenden Änderungen der bisherigen Planung kommt, ist nicht zu rechnen.

Mit 1,9% der Fläche, die nach der jetzigen Planung als Vorranggebiete vorgesehen sind, würden wir das nach dem Klimagesetz des Landes zu erreichende Flächenziel von 1,8% knapp schaffen. Allerdings zeigt dies, wie wenig Spielraum der Regionalversammlung im dicht besiedelten Raum Stuttgart für Entscheidungen über Flächen bleibt.

Wir haben daher als FDP beantragt, die Landesregierung aufzufordern, das Klimagesetz des Landes, das dieses Flä-



Verband Region Stuttgart

chenziel von 1,8% unterschiedslos für alle Regionen in Baden-Württemberg, unabhängig von ihrer Besiedelung, vorschreibt, zu ändern und je nach Besiedlungsdichte flexiblere Vorgaben zu machen. Die Regionalversammlung hat unserem Antrag mehrheitlich zugestimmt, so dass sich die Landesregierung jetzt mit der Frage der Zielvorgaben im Klimagesetz noch einmal beschäftigen muss. Unsere Landtagsfraktion, mit der wir im engen Austausch sind, wird das Thema im Landtag im Blick behalten.

Vor allen Dingen dank des unermüdlichen Einsatzes unseres Fraktionsvorsitzendem, Kai Buschmann, der in den vergangenen Wochen intensive Gespräche mit CDU, Freie Wähler, SPD und Grünen geführt hat, konnten wir als kleine liberale Fraktion diesen Erfolg für uns verbuchen.

Wir bleiben dabei: der Ausbau von Windkraftanlagen ist richtig und wichtig, aber starre Flächenvorgaben dürfen nicht dazu führen, dass er in Gebieten erfolgt, die dafür ungeeignet sind.

STADTQUARTIERE ENTWICKELN, INFRASTRUKTUR ERNEuern



Friedrich Haag
MdL

25 JAHRE DEGERLOCH HILFT – GROßES SOZIALES ENGAGEMENT

Eine Seniorin mit Minirente wünscht sich einen Fernseher. Das Kinder- und Jugendhaus Helene P. würde gerne ein Backhäusle errichten. Die Aktion „Bänke für Hoffeld“ sucht Unterstützer, um Sitzbänke im Stadtteil aufzustellen, auf denen sich Bewohner des Lothar-Christmann-Hauses ausruhen können. Ihnen allen konnte der Verein „Degerloch hilft“ helfen. Legendär ist die Initiative „Degerlocher Weihnachtshilfe“, bei der in der Adventszeit immer große Spendensummen zusammenkommen. Es war mir deshalb eine große Ehre, beim 25-jährigen Bestehen des Vereins eine Festrede halten zu dürfen. Denn gerade in heutigen

Zeiten merken wir, wie wichtig schnelle und unbürokratische Hilfe vor Ort ist. Inflation, Altersarmut und Krankheit, hohe Energie- und Wohnkosten, das Auseinanderbrechen familiärer Strukturen, psychische Probleme: Immer mehr Menschen – auch in Degerloch – benötigen Rat, Tat und finanzielle Unterstützung. Über die Jahre konnte „Degerloch hilft“ zahlreiche soziale Einrichtungen und Vereine im Stadtbezirk fördern. Immer häufiger kommt es zu direkten Soforthilfen für ältere Mitbürger. In meiner Laudatio lobte ich insbesondere Stephan Hutt, den Initiator des Hilfsvereins. Als Netzwerker vor Ort und Gründer des Degerloch Journals gelang es ihm, im Herbst 2000 bekannte Degerlocher für die ehrenamtliche Vorstandsarbeit zu gewinnen. Beeindruckend ist auch die Aktion "Kampf dem Herztod in Degerloch". Inzwischen gibt es zwölf Standorte für Herznotfallgeräte im Bezirk, und nachweislich konnten bereits zwei Leben durch den Einsatz der „Defis“ gerettet werden. Über alle Projekte informiert stets aktuell die Internetseite degerloch-hilft.de.



→ Ich danke dem Gründer Stephan Hutt und dem Vorstand für die ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtbezirk

INTERIMSNUTZUNG IM SCHOETTLE-AREAL MÖGLICH

Seit nunmehr sieben Jahren verhandeln das Land und die Stadt Stuttgart über den Verkauf des Schoettle-Areals in Heschl. Die Stadt hat ein Vorkaufsrecht und Interesse, die Immobilie zu erwerben. Seit März 2024 steht sie leer, nachdem das Statistische Landesamt nach Fellbach umgezogen ist. Es ist für mich ärgerlich, dass der Verkauf nicht abgeschlossen ist und auch kein abschließendes externes Bewertungsgutachten vorliegt. Für das Land fällt trotz Leerstand jeden Monat ein fünfstelliger Betrag für Unterhalt, Energie und Bewachung an. Das teilte mir die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage mit. Gleichzeitig



→ **Die Stadt sollte das Schoettle-Areal endlich kaufen**

kündigt sie an, dass sie der Stadt Stuttgart das Objekt für eine Interimsnutzung vermieten will, unabhängig von den Verkaufsverhandlungen. Ein kleiner Trost, weil das Land so Steuergelder sparen kann und das Schoettle-Areal belebt wird. Dennoch: Für die Weiterentwicklung des zentral gelegenen Grundstücks braucht es endlich Planungssicherheit und eine langfristige Lösung. Und diese muss lauten: Keine Ansiedlung einer Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge, sondern baldiger Verkauf an die Stadt und anschließend eine Nutzung für dringend benötigten Wohnraum und Gewerbe. Bleibt zu hoffen, dass bis dahin nicht nochmal sieben Jahre vergehen.

MAßREGELVOLLZUG: BÜRGERBETEILIGUNG KOMMT ZU SPÄT

Anfang Mai 2025 hat ein Bürgerbeteiligungsprozess für den Maßregelvollzug in Stuttgart Bad Cannstatt begonnen. Das Sozialministerium plant im leeren Rot-Kreuz-Krankenhaus in der Badstraße bis zu 80 Personen unterzubringen. Auf eine Kleine Anfrage von mir teilte die Landesregierung mit: Trotz des Beteiligungsverfahrens verhandeln der DRK-Landesverband und das Land weiter über einen Mietvertrag. Zudem sieht man keinen Interessenkonflikt, obwohl die zuständige Staatsrätin für Bürgerbeteiligungen zugleich Präsidentin des DRK ist, also des künftigen Vermieters. Auch wenn ein direkter Einfluss auf das Verfahren bestritten wird, stellt sich die Frage: Kann Barbara Bosch in dieser Doppelfunktion wirklich glaubwürdig sowohl Interessen des Landes als auch die der Bürgerbeteiligung vertreten? Für das Projekt hätte keine Landesstelle, sondern eine wirklich unabhängige Stelle herangezogen werden müssen. Für mich bleibt deshalb ein „Geschmäckle“. Auch dass Gespräche geführt wurden, bevor das Krankenhaus überhaupt geschlossen wurde, macht die Sache nicht transparenter. Bereits im Oktober 2023 fragte das Ministerium beim DRK an, ob das Klinikgebäude für eine forensische Psychiatrie geeignet

wäre. Wer Bürgerbeteiligung ernst meint, muss Bedenken und Vorschläge der Anwohner doch vor einer solchen Entscheidung einholen – nicht danach.

KÖRSCHTALBRÜCKE: VERKEHRSKOLLAPS WÄHREND NEUBAU VERHINDERN

Für schätzungsweise rund 23,2 Millionen Euro muss die B27-Brücke über das Körschtal in Möhringen abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Das Landesverkehrsministerium, das für Bundesstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung zuständig ist, will die Planungen im Sommer 2027 abschließen, dann die Bauaufträge vergeben. Auf eine Kleine Anfrage habe ich erfahren: Die beiden neuen Teilbauwerke der Brücke werden nacheinander umgesetzt, so dass immer eine Fahrtrichtung offen bleibt. Diese Lösung ist zwingend notwendig und richtig, um Degerloch vor zusätzlichem Durchgangsverkehr zu verschonen. Es darf zu keinem Verkehrskollaps kommen. Wegen eines separaten Rad- und Fußweges über die neue Brücke steht das Regierungspräsidium in Kontakt mit der Stadt. Wenn dieser geplant und gebaut werden kann, sollte die Landesregierung diese Möglichkeit für eine ganzheitliche Verkehrsplanung unbedingt auch nutzen und umsetzen. Ganz in der Nähe fertiggestellt wurde Ende März eine neue Auffahrt auf die B27. Lkws und Autos aus dem Industriegebiet Tränke müssen nun nicht mehr durch den Ortskern von Degerloch durch, sondern können direkt auf die Bundesstraße in Richtung Süden zur A8, zum Flughafen und nach Tübingen auffahren. Auch Möhringen wird durch die Rampe entlastet. Bei der offiziellen Verkehrsfreigabe habe ich deutlich gemacht, dass wir genau solche Infrastrukturprojekte in Stuttgart umsetzen müssen, um den Straßenverkehr flüssiger zu machen, kostenintensive Staus und Umleitungen zu vermeiden und Wohngebiete zu entlasten.



Mit Stadtratskollegen, Tiefbauamtsleiter und einer Bezirksbeirätin bei der Verkehrsfreigabe der B27-Auffahrt

STUTTGARTER STEILLAGEN ERHALTEN, KULTURERBE SCHÜTZEN

Der Scharrenberg zwischen Degerloch und Süd ist nicht nur ein Stück lokale Weinbaugeschichte, sondern auch ein Symbol für Tradition, Handwerk und Lebensqualität. Wer einmal bei der wandernden Weinprobe mit Blick auf die Reben ein Glas regionalen Weins genossen hat, der weiß: das ist Heimat – und genau dieses kulturelle Erbe müssen wir bewahren! Dies habe ich bei der Hauptversammlung der Vereinigung der Weingärtner und Freunde des Schimmelhüttenwegs Degerloch e.V. klar betont. In der Alten Scheuer sprach ich mich gegen übermäßige Regulierungen für den Weinbau aus. Die FDP hat sich erfolgreich gegen die geplante EU-Pflanzenschutz-Verordnung eingesetzt, doch nun drohen neue bürokratische Hürden. Insbesondere die Regulierungspläne des ehemaligen grünen Landwirtschaftsministers Cem Özdemir würden den regionalen Weinbau zunehmend gefährden. Die Vorschläge zur massiven Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln gehen an der Realität vorbei. Wer in den Steillagen von Stuttgart wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig arbeiten will, braucht praktikable Lösungen statt pauschaler Einschränkungen. Dass ausgerechnet ein Politiker aus Baden-Württemberg die Situation der Winzer nicht versteht, ist fatal. Grüne reden viel von Nachhaltigkeit, doch ihre Politik der Verbote und Bevormundung bewirkt das Gegenteil: Sie vertreibt regionale Betriebe, statt sie zu stärken. Der Scharrenberg und alle Stuttgarter Steillagen müssen erhalten bleiben!



→ **Lokaler Wein vom Scharrenberg**



→ **Bei der Hauptversammlung der Degerlocher Weingärtner**

DIE WIRTSCHAFT IM LAND STÄRKEN, BÜRGER ENTLASTEN



Friedrich Haag
MdB

Mercedes baut Jobs bei uns ab und fährt parallel seine Produktionskapazitäten inklusive neuer Stellen in Ungarn nach oben. Und was fällt unserem Verkehrsminister dazu ein? Es schmerze ihn nicht, solange Forschung, Entwicklung und Zentrale des Autobauers in Baden-Württemberg blieben.

Winfried Hermann hat wohl den Schuss nicht gehört! Die Ungarn-Pläne offenbaren, welch massives Standortproblem wir im Land haben. Als Redner für die FDP hatte ich dies in der Debatte „Damit Baden-Württemberg Automobilstandort bleibt – mit Innovation und Tatkraft für Stabilität in stürmischen Zeiten“ klar angesprochen. Wir brauchen endlich leidenschaftliches Handeln für unseren Wirtschaftsstandort und echte Erfolge. Es nützt nichts, wenn sich die Wirtschaftsministerin mehr Technologieoffenheit und weniger Verbote wünscht.

Genauso entscheidend sind das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen, eine Kultur der Erneuerung und die Lösung des Fachkräfteproblems – wichtiger als Förderprogramme, Hochglanzbroschüren und ein „Strategiedialog Automobilwirtschaft“, für den sich die Landesregierung mit viel Selbstlob überschüttet. Baden-Württemberg muss sich in Berlin und Brüssel für beste Rahmenbedingungen einsetzen, damit der Wirtschaftsstandort nicht abgewürgt wird. Positiv, dass jetzt von der EU-Kommission ein wichtiges Signal kam: In der geplanten „Verordnung zur Anpassung der CO2-Flottengrenzwerte“ will sie nicht mehr das klare Bekenntnis zum Verbrenner-Aus ab dem Jahr 2035 erwähnen und Flexibilität anbieten, wenn es um eine spätere Erreichung der einzuhaltenden Flottengrenzwerte und Aussetzung der Strafzahlungen geht.

STRUKTURBRUCH IM LAND VERMEIDEN



→ Im Landtag warb ich einmal mehr für Technologieoffenheit

Für mich war schon immer klar: Statt der Null-Gramm-CO2-Lüge der Elektromobilität ist eine ganzheitliche Betrachtung nötig. Nicht der Motor ist das Problem, sondern der fossile Treibstoff. Umso größer ist das Potenzial von synthetischen Kraftstoffen und HVO100, um vorhandene Fahrzeuge in Richtung Klimaschutz zu entwickeln. Sie bieten auch unse-

rem Maschinenbau und der Forschung großartige Perspektiven. Weltweit könnten Elektrolyseure verkauft werden. Baden-Württemberg Mittelstand könnte diesen Markt bestens bedienen. Diesbezüglich lohnt ein Blick nach China: Dort wird die Strategie verfolgt, in allen Bereichen die Vorherrschaft zu übernehmen. Bei den E-Autos ist dies bereits der Fall, wo über alle Komponenten und Rohstoffe hinweg rund 50 Prozent der Wertschöpfung ins Reich der Mitte fließen. Der Vorsprung ist nahezu nicht einzuholen. Deshalb sollten wir auf dem ideologischen Weg, nur in Richtung E-Mobilität zu marschieren, umgehend umkehren. Sonst gibt es einen harten Strukturbruch und unzählige Arbeitsplätze und Wertschöpfung gehen verloren. Also weg mit dem Verbrenner-Verbot und hin zu einer faktenbasierten Politik mit E-Fuels und HVO 100!

GRUNDSTEUER: WIR BRAUCHEN DAS MODELL AUS BAYERN

Spätestens mit dem Erhalt der neuen Grundsteuerbescheide wurde für viele Eigentümer und Mieter offensichtlich: insbesondere bei Ein- und Zweifamilienhäusern ist die Belastung teils enorm gestiegen. Nach wie vor erreichen mich von Immobilienbesitzern Beschwerden und Nachweise über unverhältnismäßig hohe Abgaben. Über eine Kleine Anfrage habe ich erfahren: Bisher wurden in Stuttgart über 118.000 Einsprüche zu Grundsteuermess- und Grundsteuerwertbescheiden erfasst. Für die Finanzämter im Land wurden insgesamt 500 neue Stellen nur zur Durchführung der Reform geschaffen. Neben der Mehrbelastung bestimmter Gruppen

durch das sogenannte Bodenwertmodell wirft dieses Fragen auf, deren Beantwortung die Landesregierung bislang schuldig geblieben ist: Beabsichtigt sie eine Kostenübernahme, falls man durch ein Gutachten nachweist, dass die Bewertung durch den Gutachterausschuss um mehr als 30 Prozent danebenliegt? Kann auch der Mieter ein solches Gutachten einholen? Kann der Mieter den Vermieter beauftragen, ein Gutachten einzuholen? Sind die Kosten dafür, ebenso wie die Grundsteuer selbst, umlagefähig? Muss man ein Gutachten nach sieben Jahren erneuern und reicht eine Aktualisierung oder muss es gänzlich neu erstellt werden? Alle unsere Vorschläge, hier Verbesserungen vorzunehmen, wurden von Grünen und CDU bislang abgelehnt, obwohl die Probleme für jeden augenfällig sind. Wenn etwa die Beschlüsse der Gutachterausschüsse für die Bewertung des Bodenrichtwerts alleinentscheidend sind, ist es nicht hilfreich, wenn die Bewertungsvorgaben von Bundes- und Landesregierung die Realität nicht abbilden, etwa wenn sogenannte atypische Grundstücke oder Grundstücksteile mit Bauverboten trotzdem als vollwertiges Baugrundstück bewertet werden.

Als FDP-Fraktion fordern wir ein anderes Berechnungsmodell auf Basis der Grundstücks- und Gebäudeflächen wie in Bayern. Es kommt ohne die anfällige Bodenwertberechnung aus. Nach allen Erfahrungen ist dies ein gerechtes und weniger fehleranfälliges Modell, sind doch die Flächen dabei präzise festgestellt. Die Landesregierung hätte es in der Hand, das System zu wechseln – und die Stadt Stuttgart



→ Die Grundsteuer-Berechnung im Land ist nicht fair

sollte in besonderen Härtefällen die Möglichkeit nutzen, die Grundsteuer zu stunden oder zu erlassen!

KRIMINALPRÄVENTION – ES BESTEHT HANDLUNGSBEDARF

Die vor Kurzem vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 zeigt: Wir brauchen im Land mehr Präventions- und Schutzkonzepte, insbesondere für Frauen und Kinder, sowie mehr Polizeibeamte auf unseren Straßen. Minister Strobl hebt zwar den leichten Rückgang der Straftaten insgesamt hervor. Dieser beruht aber auf dem Einbruch der Straftaten wegen der Teillegalisierung von Cannabis, nämlich um über 40%. Straftaten gegen das Leben und gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind hingegen jeweils um über 10% angestiegen. Die Gewaltkriminalität hat gar ein Zehn-Jahres-Hoch erreicht. Besonders besorgniserregend sind die teils um knapp 30% gestiegenen Fallzahlen zur Gewalt gegen Frauen und Kinder, hier besonders im familiären Umfeld, sowie Messerangriffe unter Kindern bis 13 Jahren und Heranwachsenden (18 bis 20 Jahre) um rund 20%. In Stuttgart bleibt vor allem Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte.

PV-ANLAGEN: EIGENER ANSPRUCH VERFEHLT

Die Landesregierung lässt keine Möglichkeit aus, um zu erwähnen, dass es beim Klimaschutz „5 vor 12“ ist. Privaten Immobilienbesitzern legt sie eine teure und realitätsferne Pflicht nach der anderen auf. Gleichzeitig hinkt sie beim

angekündigten Ziel, bis 2030 alle geeigneten Gebäude im Landesbesitz mit PV-Anlagen auf dem Dach auszustatten meilenweit hinterher. Diese Doppelmoral ist unsäglich und betrifft auch den Standort Stuttgart.

Über eine Kleine Anfrage habe ich erfahren, dass von 380 Objekten bislang nur 38 mit Solaranlagen bestückt sind – 10 Prozent! Im vergangenen Jahr kamen acht Einheiten dazu, darunter eine 415-Kilowatt-Peak-Anlage auf der JVA in Stammheim.

Wenn das Land in diesem Tempo weitermacht, hat sie ihr selbst gestecktes Ziel erst 2067 erreicht. Was ich ebenfalls vom Land erfuhr: Alle landeseigenen Dächer in Stuttgart wurden auf Photovoltaik-Eignung untersucht und keines wurde bisher „aus baulichen, technischen oder denkmalrechtlichen Gründen ausgeschlossen“. Deshalb wird in Kürze eine Anlage auf dem Planieflügel des Neuen Schlosses in Betrieb gehen und in Zukunft eine auf dem Landtagsdach.

ERFOLGREICHES VERANSTALTUNGSFORMAT ZU E-FUELS

Auch in diesem Jahr sind wir von der FDP-Fraktion wieder mit unserer Veranstaltung „Kraftstoff für Klimaschutz: E-Fuels“ unterwegs im Land. Die erste Diskussionsrunde fand im Autohaus Morrkopf in Weingarten (Baden) statt. Erneut war ich als Sprecher für individuelle Mobilität auf dem Podium – zusammen mit Prof. Dr. Thomas Koch (Leiter



→ Auf dem Dach des Neuen Schlosses befindet sich nun eine PV-Anlage



→ **Diskussionsrunde bei der Fraktionsveranstaltung in Weingarten**

des Instituts für Kolbenmaschinen, Karlsruher Institut für Technologie), Gastgeber Sven Morrkopf und Dominik Schüle, Operativer Leiter bei Ernst Eberhardt GmbH Brennstoffe und Mineralöle. Unser Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Rülke benannte gleich in seiner Begrüßung die Ziele der Kampagne: individuelle Mobilität erhalten, Wohlstand und Arbeitsplätze sichern sowie einen ehrlichen Beitrag zu mehr Klimaschutz leisten. Der technologieoffene Ansatz muss ein Eckpfeiler der individuellen Mobilität der Zukunft sein. Es war ein wichtiger Erfolg der FDP, dass HVO100 nun endlich an öffentlichen Tankstellen verfügbar ist. Ich verwies diesbezüglich darauf, mehrfach die Landesregierung aufgefor-

dert zu haben, ihren Fuhrpark, etwa bei der Polizei, mit dem innovativen Dieselmotorkraftstoff zu betanken. Mit einem Preis von aktuell 1,70 Euro/l, so berichtete Dominik Schüle, könne jeder Diesel-Fahrer einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, da HVO 100 im Vergleich zur fossilen Variante aus Erdöl bis zu 90 Prozent weniger CO₂ verursache. Meine Mitdiskutanten stimmte mir zu: synthetische Kraftstoffe sind ein unverzichtbarer Beitrag für Klimaschutz im Verkehr – nicht zuletzt für die Bestandsfahrzeuge. Mit seiner weltweiten Expertise stützte Prof. Dr. Koch diese Meinung. So würden in China Verbrenner auch im Jahr 2060 als entscheidende Säule gesehen.

FEIERLICHER EMPFANG FÜR KFZ-PRÄSIDENT MICHAEL ZIEGLER

Die Kfz-Branche ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Wirtschaft. Mit ihrem Know-how, ihrer Innovationskraft und ihrem unermüdlichen Einsatz sorgt sie nicht nur für Mobilität, sondern auch für Arbeitsplätze, Wohlstand und Fortschritt in Baden-Württemberg. Rund 70.000 Menschen arbeiten im Stammland des Automobils in Werkstätten, Autohäusern und bei Dienstleistern. 10.000 junge Menschen absolvieren eine Ausbildung in entsprechenden Berufsfeldern. Michael Ziegler, der Präsident des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg, wurde jetzt 70. Mit meinem Fraktionskollegen Prof. Dr. Erik Schweickert nahm ich gerne am Geburtstagsempfang in der Emil Frey Schwabengarage Stuttgart teil, um ihm persönlich für sein Engagement zu danken. Michael Ziegler ist eine der prägendsten Stim-



→ **Der Jubilar (Mitte) mit Ehrengästen. Links Fraktionskollege Erik Schweickert MdL**

men für die Automobilbranche in Baden-Württemberg. Mit Nachdruck setzt er sich für eine starke Kfz-Wirtschaft und gegen ideologische Verbote wie das geplante Verbrenner-Aus ein. Die Kfz-Betriebe sind weit mehr als Autohändler und Werkstätten – sie sind Technologiepartner, Dienstleister und Stabilitätsanker für unser Land. Die Politik muss ihnen Planungssicherheit bieten, statt sie mit immer neuen Verboten und Vorgaben zu belasten. Kein Politiker und keine Prämie kann den Markt diktieren! Am Ende entscheiden die Kunden, welche Antriebsform die beste ist und welches Auto sie kaufen wollen. Ich setze mich weiterhin dafür ein, dass Baden-Württemberg ein Land der Mobilität und der wirtschaftlichen Stärke bleibt. Bei dem Empfang war ich mit den Branchenvertretern einig: Nur gut gewartete Autos sind saubere Autos. Kunden erwarten Service und fachliche Beratung. Deshalb brauchen wir die Kfz-Profis, aber auch innovative Entwicklungsabteilungen bei den Zulieferern, um neue klimafreundliche Lösungen zu schaffen.

E-AUTOS BEI DER POLIZEI UNGEEIGNET

Bei der Polizei Stuttgart sind 22 rein elektrisch betriebene Fahrzeuge sowie 17 Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge im Einsatz, wie mir das Innenministerium auf eine Kleine Anfrage mitteilte. Die Flotte besteht aktuell zu über 90 Prozent aus Verbrenner-Fahrzeugen, reine E-Autos machen rund 5 Prozent aus. Mich interessierte, welche Ladeinfrastruktur genutzt wird und was die Besatzungen der E-Polizeiwagen während des Ladevorgangs machen. Antwort: In den anfallenden Wartezeiten sollen die Beamten beispielsweise Rechercharbeiten am Handy durchführen. Das halte ich für nicht optimal. Die Personallage bei der Stuttgarter Polizei ist schlecht – umso wichtiger ist es, dass unsere Polizei flexibel einsetzbar bleibt. Es darf kein Zustand sein, dass die Beamten im Einsatz wertvolle Zeit beim Warten am Handy zubringen, obwohl sie anderswo in der Stadt womöglich viel dringender benötigt werden. Immerhin gibt das Innenministerium zu: „Aktuell können lediglich in Teilbereichen, Elektrofahrzeuge bzw. Fahrzeuge mit alternativen Antrieben den Polizeifuhrpark ergänzen, ohne dabei eine uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der Polizei – auch in Krisensituationen – zu gefährden.“

JETZT ERST RECHT!

**DER CSD 2025 IST UNSERE BÜHNE –
JETZT BRAUCHEN WIR DICH.**

Bis zu 500.000 Menschen. Ein ganzer Sommer unter dem Zeichen von Toleranz, Freiheit und Sichtbarkeit. Der Christopher Street Day in Stuttgart ist unsere Chance, die Botschaft der Freien Demokraten kraftvoll nach außen zu tragen: Für Vielfalt. Für Selbstbestimmung. Für ein Leben ohne Angst.

Doch nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag ist klar: Wenn wir sichtbar bleiben wollen, müssen wir das jetzt selbst in die Hand nehmen. Bisher kamen unsere Werbemittel aus Berlin. Bisher hat Berlin uns sichtbar gemacht. 2025 stemmen wir alles selbst – mit deiner Hilfe.



**MITMACHEN
UND DABEISEIN
AM 26. UND
27. JULI 2025!**

SO KANNST DU KONKRET HELFEN:

SPENDEN – jede Unterstützung macht unseren Auftritt möglich

MITFAHREN – auf dem FDP-Truck bei der Parade am 27. Juli 2025

MITHELFEN – beim Auf-/Abbau, am Stand, bei der Orga

Anmeldung & Fragen an: csd@fdpstuttgart.de

SPENDENKONTO: FDP-Kreisverband Stuttgart

IBAN: DE84 6008 0000 0907 1258 00

Verwendungszweck: „Spende CSD 2025“

Jeder Euro sorgt dafür, dass wir nicht leiser werden – sondern lauter. Denn: Freiheit ist bunt. Vielfalt ist liberal.

Jetzt ist nicht die Zeit für Stillstand.

Jetzt ist die Zeit, als Freie Demokraten mutig Farbe zu bekennen.

Hilf mit, dass unser Truck rollt.

Laut. Sichtbar. Liberal.

Euer CSD-Orga-Team der FDP Stuttgart

EINE REGIERUNG MIT ETWAS LICHT UND VIEL SCHATTEN



Judith Skudelny
Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg

Liebe Mitglieder,

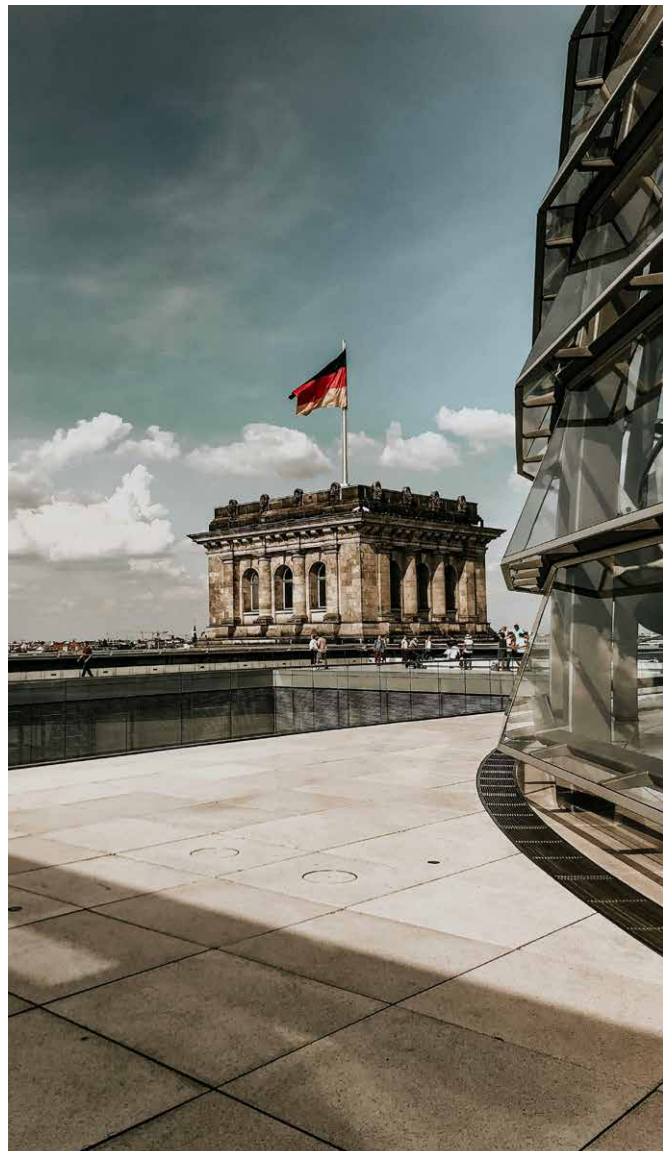
für diese Ausgabe von Stuttgart Liberal wurde ich gebeten einen persönlichen, letzten Rückblick auf die Arbeit in und mit der Ampel zu machen.

Für den Rückblick darf man nicht die Stimmung heute betrachten. 2021 kamen wir aus acht Jahren der sog. GroKo, als sich CDU und SPD noch als Große Koalition bezeichnen durfte. Sowohl menschlich, als auch inhaltlich hatten sich diese Parteien auseinandergeliebt. Die Menschen waren Merkelmüde und wollten eine Veränderung in und für Deutschland.

Nachdem sich die CDU/CSU unter Armin Laschet in einem regierungsunfähigen Machtvakuum befand, gingen wir gemeinsam mit der SPD und den Grünen ein Bündnis ein, das unter dem Namen „Ampel“ uns allen in Erinnerung bleiben wird.

Dabei war der Beginn erfolgversprechend. Dynamische Bilder auf Social Media, ein Koalitionsvertrag der eine klare gelbe Linie hatte – viele Menschen und auch viele Parteimitglieder waren optimistisch, dass diese Konstellation tragfähig für Deutschland sein könnte.

Und im ersten Jahr haben wir – nach dem Angriff Putins auf die Ukraine und dem „Energiekrieg“ welcher dadurch ausgelöst wurde – uns als Koalition behauptet. Wir haben schnell und unbürokratisch auf die Herausforderungen reagiert, von dem Bau von Gasterminals in der Ostsee in Rekordgeschwindigkeit bis hin zum Kauf von Öl aus den Arabischen Emiraten, dem Schutz der Wirtschaft und der Entlastung der Menschen. Ein so entschlossenes Handeln (unabhängig



von der Richtigkeit jeder einzelnen Maßnahme) hätte ich Deutschland egal unter welcher Regierung nicht zugetraut.

Zusammengefasst – im ersten Jahr hat die Ampel geliefert. Nicht das, was vereinbart wurde, aber das was für Deutschland nötig war.

Ein erster Machtkampf hat sich innerhalb der Ampel jedoch um die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke abgezeichnet. Während wir uns in dieser Zeit mit voller Kraft für eine Laufzeitverlängerung eingesetzt haben, stemmten sich Grüne und SPD dagegen. Trotz des für alle Seiten unbefriedigenden Kompromisses, muss es die Grünen besonders geärgert haben. Anders lässt es sich nicht erklären, dass zur gleichen Zeit der Wirtschaftsminister Robert Habeck ohne Not und im totalen Alleingang ein Gesetz der Öffentlichkeit zuspielte, welches wirtschaftlich und technisch den Rahmen des Machbaren sprengte: Das Heizungsgesetz. Die sich daran anschließende öffentliche Auseinandersetzung würde ich persönlich als Anfang vom Ende der Ampelkoalition bezeichnen. Im Herbst wurde vom Bundesverfassungsgericht ein Urteil gefällt, welches nicht nur 60 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds strich, auch weitere Sondervermögen mussten in den regulären Haushalt übernommen werden. Wir Liberale haben in den Verhandlungen darauf bestanden, dass die Schuldenbremse eingehalten wird. Absolut richtig wie ich finde – die Schuldenbremse definiert die Schuldenlasttragfähigkeit. Das ist die Summe an Schulden, die der Staat aus seinen Einnahmen überhaupt zurückführen kann. Alles, was darüber hinaus an Verbindlichkeiten aufgenommen wird, belastet künftige Generationen, nimmt ihnen Handlungsfähigkeit und die Luft zum wirtschaftlichen Atmen.

Das klare Festhalten an der Schuldenbremse, das Einhalten des Wahlversprechens, welches wir unseren Wählern gegeben haben, war es auch, welches am Ende uns und der Regierung den parlamentarischen Fortbestand gekostet hat.

Neben dem Streit innerhalb der Koalition, der zur Schau getragenen Handlungsunfähigkeit und dem abwesenden Kanzler haben auch die von uns erzwungenen Sparpläne nicht dazu beigetragen, die Menschen für die Ampel zu begeistern. Die Ampel war und ist die bislang unbeliebteste Regierung das Deutschland je hatte.

Unser Fehler war, nicht schon zu diesem Zeitpunkt die Reißleine zu ziehen. Aber wer von der Kirche kommt ist immer schlauer.

Wir haben einen experimentellen Versuch unternommen, Parteien mit unterschiedlichen Haltungen, Grundüberzeu-

gungen und Wegen in ein progressives Bündnis zu schnüren. Wir sind oft über unseren Schatten gesprungen, haben viele Kompromisse mitgetragen. Wir haben aber nicht zugelassen, dass wir unsere Kernwerte unsere Kernversprechen brechen.

2024 kamen die Vorboten der aktuellen Wirtschaftskrise hinzu. Christian Lindner hat das ganze Jahr 2024 von dem „Herbst der Entscheidungen“ gesprochen. Wir haben wieder und wieder gefordert, die Wirtschaft zu entlasten und ihr einen stabilen Rahmen zu bieten, mit dem sie wettbewerbsfähig ist. Und die Ampel hat auf die Herausforderungen in Deutschland und für die Wirtschaft erneute keine Antworten gefunden – was inhaltlich zu ihrem Auseinanderbrechen geführt hat. Für SPD und Grüne war der Preis dafür, die Schuldenbremse zu schleifen. Heute wissen wir, dass trotz anderslautender Wahlversprechen auch die Union mit CDU und CSU nie vorhatten, mit dem Geld auszukommen, dass ihnen heute schon zur Verfügung steht. Und an dieser Stelle will ich noch einmal daran erinnern: Mit fast 490 Milliarden Euro, wie noch von Lindner vorgeschlagen, hätte die Bundesrepublik auch in diesem Jahr Rekordausgaben getätigt. Aber das hat weder SPD noch den Grünen gereicht.

Unsere Minister, allen voran der Finanzminister, waren nicht bereit, ihre Überzeugungen, ihre Werte und ihre Haltung zu opfern. Ein Schleifen oder Aufheben der Schuldenbremse kam nicht in Frage. Dafür haben sie nicht nur ihr Amt geopfert, sie haben auch auf umfängliche künftige Ansprüche verzichtet. Diese Haltung gewinnt an Wert, wenn man sieht, wie schnell Merz seine Wahlversprechen vergessen hat – falls er je vorhatte, diese einzuhalten. Unsere Minister sind zurückgetreten, weil sie 13 Milliarden Euro nicht an zusätzlichen Schulden aufnehmen wollten. Merz hatte versprochen, ohne zusätzliche Mittel auszukommen. Ohne (!) Bundeswehr will die neue Koalition jetzt unter Friedrich Merz 500 Milliarden Euro Sonderschulden ausgeben.

Die Ampel war für mich nie ein Traumbündnis. Ich war schon nicht begeistert, als sich das Bündnis gebildet hatte. Zu sehr kannte ich die agierenden Personen bei SPD und Grünen um zu glauben, dass eine Anfangseuphorie durch die Regierungszeit trägt. Ich vergleiche eine Koalition gerne mit einer Partnerschaft – das Gefühl des Verliebtseins reicht auf Dauer nicht für eine gute Ehe. Aber weil ich schon nicht mit viel Freude in diese Beziehung gegangen bin, konnte ich persönlich auch nicht von ihr enttäuscht werden. Für mich war sie Arbeit, die der Wähler uns aufgetragen hatte.

APO IM BUND, KAMPFGEIST IM LAND – RISIKO UND CHANCE ZUGLEICH



Judith Skudelny
Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg

Keine Frage, kein Liberaler kann sich wünschen, in der Bundespolitik der außerparlamentarischen Opposition zu sein. Um einen Fußball-Vergleich heranzuziehen: In den kommenden vier Jahren werden wir am bundespolitischen Feldrand stehen. Unsere Meinung mag zwar für den politischen Diskurs wichtig sein, immer weniger Medien werden sich aber für diese interessieren. Nach jedem Spiel werden die Spieler gefragt, nicht die Zuschauer. Und die Experten, die zu Wort kommen, sind auch klassischerweise nicht aus der zweiten Bundesliga. Mit der sinkenden Medienpräsenz werden wir auch aus der Erinnerung der Menschen verschwinden, und infolgedessen werden die Umfragewerte sinken. Das wiederum erhöht das Desinteresse der Medien, darauf müssen wir Liberale uns moralisch vorbereiten.

Ein zweites Risiko hat sich leider schon im Wahlkampf abgezeichnet – das Risiko der Zersplitterung der Partei. Nichts hat uns so sehr geschadet, wie unterschiedliche Haltungen und unterschiedliche Abstimmungsergebnisse innerhalb der Partei. Wenn eine Partei einen Standpunkt einnimmt, muss sich der Wähler sicher sein, dass er diesen auch bekommt. Unglaublichkeit ist das größte Gift für das politische Vertrauen.

Wir Liberale sind es gewohnt, Verantwortung zu übernehmen. Wenn Probleme auftreten, nehmen wir die Herausforderung an. Wir arbeiten daran und lösen die Dinge, die sich uns in den Weg stellen. So sehen wir auch jetzt, dass die Frage, warum wir in der APO gelandet sind von vielen Parteifreundinnen und -Freunden bearbeitet wird – aber nicht gemeinschaftlich, sondern jeder für sich. Den einen waren wir zu rechts, den anderen zu links. Die einen fanden, wir haben zu lange an der Ampel festgehalten, andere sagen, dass

wir durchaus die Schuldenbremse hätten schleifen können. Immerhin wäre das besser gewesen als das, was wir jetzt bekommen. Die Themenvielfalt, was inhaltlich jetzt zu tun ist, ist groß. Verstärkt wird der Drang, die Fragen selbst zu beantworten, von dem aktuellen Führungsvakuum in der Bundespartei. Christian Lindner ist nicht mehr da, Christian Dürr noch nicht zuständig.

In der APO können wir uns aber noch weniger als sonst leisten, eine Partei zu sein, deren Inhalte für die Menschen nicht erkennbar sind. Wir brauchen klare Positionen und Haltungen, wenn wir wahrgenommen werden wollen.

DER MAI WIRD DER MONAT DER CHANCEN FÜR DEN BUND

Diese Risiken sind allen bereits bekannt. Schon einmal haben wir uns erfolgreich aus der APO in den Bundestag zurückgekämpft. Und heute ist unsere Ausgangslage besser. Nicht nur finanziell stehen wir auf soliden Beinen, auch der Kern unserer Haltung ist mit dem nach wie vor gültigen Leitbild ein Kompass, an dem wir uns orientieren.

Seit der Bundestagswahl ist den Menschen klar, dass großen Worten auch große Taten folgen müssen. Unsere Minister haben mit ihrem Rücktritt – unter dem Verzicht von Pensionsansprüchen – Rückgrat gezeigt. Im Gegensatz zu Friedrich Merz haben sie Überzeugung vor Ämter gestellt. Auch die von uns im Wahlkampf angesprochenen Themen Wirtschaftswende, Bürokratieabbau, Schuldenbremse und Migration sind aktueller und relevanter denn je.

Der designierte Bundesvorsitzende hat bereits angekündigt, im Stil der Parteiführung von dem bisherigen Weg abzuwei-

chen. Er ist aktuell dabei, ein Führungsteam zu erstellen, welches auf der einen Seite breit aufgestellt ist, auf der anderen Seite an einem Strang in eine Richtung zieht. Unser Ziel in Baden-Württemberg ist es dabei, möglichst stark im kommenden Präsidium vertreten zu sein. Die Wahl zum Bundesvorstand findet am 15. und 16. Mai 2025 in Berlin statt. Auch viele Stuttgarter Delegierte werden dabei sein und Baden-Württemberg hier Gewicht verleihen!

Gleichzeitig soll ein Diskussionsprozess an der Basis gestartet werden, indem wir uns nochmals unsere eigenen Positionen schärfen. Es geht nicht um eine Neuerfindung der FDP, das ist aktuell gar nicht nötig. Es geht darum, unsere Programmatik auf Aktualität und konsensfähige Positionen zu überprüfen und vielleicht auch neue Ansätze zu finden. Wie ein solcher Prozess aussehen kann, wird aktuell erarbeitet.

Baden-Württemberg ist schon einen Schritt weiter: Wir erarbeiten aktuell unser Landtagswahlprogramm. Die Landtagswahl in Baden-Württemberg wird die erste Wahl nach der Bundestagswahl in einem Flächenland sein. Damit wird Baden-Württemberg beweisen müssen, dass die Freien Demokraten auch künftig eine politische Rolle spielen. **Unsere Landtagswahl 2026 wird die Schicksalswahl der FDP werden.**

Um in der aktuellen Situation möglichst viele Parteimitglieder mitnehmen zu können, haben auch wir einen neuen Weg gesucht. Das Landtagswahlprogramm wird in elf Teams erstellt. Wir wollen ein positives Programm schreiben, mit Bildern, welche die Menschen verstehen. Die Teams arbeiten autonom, oft unter der Führung eines Landtagsabgeordneten. Im Juli und August wird die Partei die Gelegenheit haben, das Programm zu diskutieren und zu verbessern. Erst nach diesem umfangreichen Prozess, der auch die Kreis- und Ortsverbände einbezieht (und natürlich auch online stattfinden soll), werden wir den endgültigen Entwurf auf einem Landeshauptausschuss diskutieren.

Bei der Kampagne werden wir unsere positive und tatkräftige Art in den Vordergrund stellen und diese auch sowohl in Wort als auch in Bild zum Ausdruck bringen.

Mit einer erfolgreichen Landtagswahl machen wir in Baden-Württemberg den ersten Schritt zurück in die Bundespolitik. Trotz hoher Motivation und tatsächlich vieler neuer Eintritte in die Partei – der Weg wird lang und steinig werden. Aber wir sind die Partei der Eigenverantwortung und Leistung, wir werden diesen Weg gemeinsam erfolgreich gehen!

Ihr zentraler Anlaufpunkt für alle, die die liberale Botschaft wirkungsvoll verbreiten wollen! Bei uns erwarten Sie nicht nur traditionelle Werbeatikel wie Stofftaschen, Aufkleber und Grußkarten, sondern auch speziell zugeschnittene Produkte für effektive Wahlkampfaktionen vor Ort – ob es nun Bauzaunbanner, Hohlkammerplakate oder Großflächenplakate sind.

Planen Sie einen Infostand oder einen Kongress? Dann finden Sie bei uns das passende Equipment. Unsere Produktpalette reicht von Tischaufstellern über Visitenkarten bis hin zu Rollups, Messewänden und Falzelten. Alles im aktuellen Design der Freien Demokraten, Jungen Liberalen, Liberalen Mittelstand und Liberalen Frauen.

Das Beste daran: Sie haben die Wahl zwischen einem vorhandenen Layout oder einem Design, das individuell nach Ihren Vorstellungen und Wünschen gestaltet wird. Und keine Sorge – wir begleiten Sie durch den gesamten Bestellprozess, von der Auswahl bis zur Abwicklung.

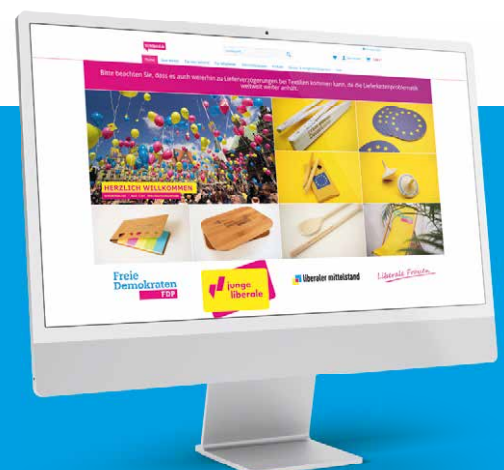
Entdecken Sie die Vielfalt und die Möglichkeiten, die unsere Produkte und Dienstleistungen Ihnen bieten, und tragen Sie die liberale Botschaft mit Stolz in die Welt hinaus. Wir freuen uns darauf, Sie auf www.thinkliberal.de zu begrüßen!

Freie Demokraten
FDP



Liberale Frauen

liberaler mittelstand
Bundesvereinigung



**thinkliberal.de ist ein Produkt der
BTW MARKETING® Werbeagentur | Digital, Marketing, Design
Steinstraße 14 | 59368 Werne
Telefon: 0 23 89 / 9261-170 | info@thinkliberal.de**

WIRTSCHAFT BLEIBT THEMA NUMMER 1!



Frank Bantle
Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.

LIM steigt in den Wahlkampf ein: **Jochen Haußmann** (Rems-Murr), **Friedrich Haag** (Stuttgart), **Hans Dieter Scheerer** (Böblingen), **Peter Körber** (Göppingen) oder **Sarah Zickler** (Reutlingen) – sie alle und weitere sind FDP-Kandidaten für die Landtagswahl und Mitglieder im Liberalen Mittelstand. Man ist sich einig: Die Wirtschaft muss wieder in Gang kommen, bundesweit, aber auch in Baden-Württemberg, wo ein Strukturbruch droht angesichts der Krise in der Automobilindustrie. Der LIM-Landesvorstand hat deshalb beschlossen, früh, offensiv und mit allen Kräften die FDP und die Kandidaten aus dem Mitgliederkreis zu unterstützen. In einem ersten Treffen mit **Dr. Hans-Ulrich Rülke** tauschten sich **Nicole Rauscher** und **Holger Höfs** über das Thema aus und erhielten vom FDP-Landesvorsitzenden volle Rückendeckung. Anschließend wurde bei einem LIM-Stammtisch in Carls Brauhaus am Schlossplatz intern über Ideen und Veranstaltungen diskutiert.



→ Gute Gespräche beim LIM-Stammtisch

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG IN KARLSRUHE

Am 7. Juni ist das Brauhaus Kühler Krug in Karlsruhe der Tagungsort für die Jahreshauptversammlung des Liberalen Mittelstands. Im Mittelpunkt steht die Neuwahl des Landesvorstands. Nach dem Rücktritt von **Dr. Thilo Scholpp** kümmern sich aktuell die stv. Landesvorsitzenden **Nicole Rauscher** und **Holger Höfs** ums Tagesgeschäft und die Führung der Vorfeldorganisation. In Karlsruhe will der LIM sein neues Führungsteam für die nächsten zwei Jahre aufstellen. Was die FDP im Land bislang abgelehnt hat, soll im Liberalen Mittelstand möglicherweise eine Alternative sein, wenn die Mitglieder einer Satzungsänderung zustimmen – eine Doppelspitze.

GRATULATION AN DR. MARKUS MARTIN

Unser Mitglied und Beisitzer im LIM-Landesvorstand ist zum neuen Beisitzer im FDP-Kreisverband Stuttgart gewählt worden. „Mittelstandskompetenz und aktuelles Praxiswissen aus der Wirtschaft fließen so in die lokale Parteiarbeit ein. Wir freuen uns über das Engagement von Markus“, sagt LIM-Kreisvorsitzende **Slavica Benko**.

GEGEN EINSAMKEIT



Liane Bott-Voelker
Vorstand Regionalverband Stuttgart
Liberales Senioren Initiative

Anfang April fand in Mannheim der 14. Deutsche Seniorentag statt. Die Liberalen Senioren waren mit einem Infostand im Kongresszentrum Rosengarten vertreten und unser Landesvorsitzender **Dr. Wolfgang Allehoff** aus Stuttgart vor Ort als Repräsentant. Sein Fazit: „Kongress und Begleitmesse werden immer beliebter und setzen auf Breitenwirkung. Rund 160 Aussteller informierten über zahlreiche Aspekte für das Leben im Alter.“ Schwerpunktthema in Mannheim war „Einsamkeit“.



→ **Beim Seniorentag in Mannheim: Rudi Fischer MdL, Fabienne Rzitki und Patricia Riekel (beide LSI Bayern) und Dr. Wolfgang Allehoff**

Der Bundesverband der Liberalen Senioren organisierte dazu einen Generationendialog „Wege aus der Einsamkeit“. Dabei kam zur Sprache, dass Einsamkeit keine Frage

des Alters ist, sondern ein subjektives Gefühl, das in unterschiedlichen Lebenslagen auftritt. Wie kann die Politik die Wege zur Selbsthilfe und Hilfe bei Einsamkeit verbessern? Eine zentrale Frage, besonders nach den Corona-Maßnahmen, weil die damaligen Maßnahmen die Einsamkeit nicht nur ausgelöst, sondern massiv verstärkt haben. Es war gut, dass es in der Debatte auch darum ging, wie ein besserer Dialog zwischen Jung und Alt mithelfen kann, Einsamkeit zu vermeiden“, bilanziert Dr. Allehoff, der als Podiumsgast Stellung bezog.

Mit im diskutierten: PD **Dr. Janosch Schobin**, Kompetenznetz Einsamkeit, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, **Elke Schilling** (Silbernetz e.V.) und **Andrey Belkin** von den Jungen Liberalen Baden-Württemberg. Wir bedanken uns an dieser Stelle für den Besuch von Rudi Fischer. Der seniorenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion zeigte großes Interesse an der Podiumsdiskussion und unserem Stand.

STAMMTISCH DER STUTTGARTER GRUPPE

Ein gutes Mittel gegen Einsamkeit ist auch das Zusammenkommen bei Essen und Getränken. Seit Herbst hat die Regionalgruppe Stuttgart ihren Stammtisch wieder aktiviert. Termin ist immer der zweite Mittwoch im Monat um 14 Uhr in einem Stuttgarter Lokal. Am 7. Mai kam so eine große Runde im Brauhaus Nesenbach zusammen und diskutierte über Tagesthemen aus Politik und Gesellschaft. Wenn Sie Einladungen zum LiS-Stammtisch erhalten wollen, dann melden Sie sich an unter info@liberale-senioren-bw.de

LIBERALE FRAUEN: IM VORFELD – UND AN DER FRONT!



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Meist scheiden sich bei dieser Thematik die Geister ... trotz der Meinungsvielfalt ... eines ist klar dokumentiert, die Frauen bilden mit über 50% die Mehrheit in der Bevölkerung. Stellt sich folgerichtig – insbesondere bei der FDP – immer wieder die Frage, warum der Frauenanteil in der Partei so gering ist. Eine berechnete Frage, die sich die Personen oder deren Nachfolger stellen lassen müssen, die in den liberalen Statuten, den vom Bundesvorstand schon 1987 beschlossenen Frauenförderplan mit dem Ziel, den Anteil der Frauen in den Vorständen und Parlamenten zu erhöhen, erkennbar nach fast 38 Jahren nicht umgesetzt haben. Welch ein Glück, dass die wenigen Frauen trotz allem einen langen Atem und sich in jeder Beziehung immer gut positioniert haben, bzw. immer wieder an vorderster Front zu sehen sind.

So auch bei der Bundestagswahl. **Judith Skudelny, MdB a.D., erreichte 7,3%, Renata Alt, MdB a.D., 6,7%. Damit rangierten beide Powerfrauen bundesweit auf Platz 3 bzw. Platz 7!** Ein respektables Ergebnis, stellt man die 4,3% der FDP vom Bund gegenüber. Berlin war fortan Geschichte. Demzufolge mussten auch diese Frauen ihre Büroräumlichkeiten in Berlin räumen. Wenn jetzt einer denken mag, dass der Kopf nun in den Sand gesteckt wird, der wird zweifellos eines Besseren belehrt. Doch auch die anderen „Nicht-Mandatsträgerinnen“ ließen sich von diesem „traurig-harten“ finalen Ergebnis nicht abschrecken. Bei der Jahreshauptversammlung des FDP-Kreisvorstands stellten sich für die Landtagswahl 2026 in Stuttgart vier Frauen auf! **Gabriele Heise, Dajana Hummel, Claudia Schober und Juliane Becker.** Mit einem guten und zuversichtlichen Gefühl engagierten sich die LiF bis zur letzten Minute für die anstehende Bundestagswahl.



→ **Das Frauen-Team für den Landtagswahlkampf: (v.l.n.r.) Dajana Hummel, Gabriele Heise, Juliane Becker, Claudia Schober**

Wenn auch der Wahlabend am 23. Februar 2025 alles andere als lustig, geschweige denn erfolgreich für die FDP ausging, so konnte **Susanne Winkler** jedoch mit Freude einen neuen Mitgliedsantrag für die LiF von **Dr. Susanne Pioch** entgegennehmen. Mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen gerichtet, gestaltete sich dann der anstehend Bezirksparteitag für die LiF einigermaßen zufriedenstellend. Aus dem Be-



→ **Konstituierende Sitzung: (v.l.n.r.) Heidi Nader, Susanne Winkler, Renate Iby, Melanie Sammito, Regina Strobel und Charlotta Eskilsson**



→ **22. Februar: Judith Skudelny unterstützt Ukraine Demo**



→ **Juliane Becker (links) mit Slavica Benko bei der Ostereier-Aktion**

zirksverband Stuttgart platzierte sich **Julia Goll** auf Platz 3! Generell sei hier angemerkt, dass sich für die Landtagswahl 2026 in Baden-Württemberg 18 Frauen zur Wahl stellen, davon ein Drittel aus dem Bezirksverband Stuttgart! Ein wahrlich gutes Ergebnis, das zweifellos deutliche Signale setzt. Dies wurde vorab an der konstituierenden Sitzung, der LiF BV Stuttgart, die am 21. März 2025 in Stuttgart stattfand, wohlwollend und mit einem gewissen Stolz thematisiert.

Eine Veranstaltung ging in die nächste über und so gratulieren wir **Gabi Reich-Gutjahr** zur Wiederwahl als Kreisvorsitzende des KV Stuttgart. **Charlotta Eskilsson** wurde ebenso wieder in ihrem Amt als stv. Kreisvorsitzende bestätigt. **Brigitta Haak, Dajana Hummel** und **Claudia Schober** runden den Kreis der LiF hier ab. Weiter mit an der Front beim LFA IP und Europa, engagiert sich Renata Alt und Vorsitzende LFA IP; der Besuch von **Andreas Glück, MdEP** stand auf der Agenda und ließ zum Thema EU-Sicherheit keine Fragen offen. Last, but not least ... Termine überschneiden sich manchmal ... denn, Ostern steht vor der Tür. Juliane Becker und Slavica Benko verteilten bei der alljährlichen Ostereieraktion das Symbol, das in keinem Osternest fehlen sollte. In diesem Sinne ... Sonnige Osterfeiertage, frohes Ostereiersuchen und weiterhin viel Energie und Zuversicht rund um den Landtagswahlkampf 2026! Die Liberalen Frauen stehen dafür bereit, im Vorfeld und an der Front!!

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IM 2. QUARTAL 2025

→ MAI 2025

-
- 5. 12:00 Uhr** 24-Tage-Lauf für Kinderrechte vom 5. bis 29. Mai 2024
› Sportanlage der Universität Stuttgart, Allmandring 28F
-
- 6. 18:00 Uhr** Liberaler Neumitglieder-Treff auf dem Stuttgarter Frühlingsfest
› „Grillmeisterei“ auf dem Cannstatter Wasen
-
- 16./17. 11:00 Uhr** Bundesverband › 76. Ordentlicher Bundesparteitag › Berlin
-
- 19. 19:30 Uhr** Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46
-

→ JUNI 2025

-
- 23. 19:30 Uhr** Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46
-

→ JULI 2025

-
- 5. 10:00 Uhr** Landesverband › Landesvertreterversammlung › Pforzheim
-
- 6. 10:00 Uhr** Landesverband › 127. Ordentlicher Landesparteitag › Pforzheim
-
- 14. 19:30 Uhr** Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46
-
- 26. 13:00 Uhr** CSD-Demonstration › Start Rotebühlstraße
-
- 27. 13:00 Uhr** CSD-Straßenfest (Hocketse) › Markt- und Schillerplatz
-



**ALLE SITZUNGEN DER STADTGRUPPEN FINDEN SIE AUF DER INTERNETSEITE
DER FDP STUTTGART UNTER WWW.FDP-STUTTGART.DE/TERMINE**

**VALERIANA
CIAPPA-CLAUS**

23.08.1972 – 10.02.2025

Stadtgruppe Nord

***Wir werden unserer Parteifreundin
ein ehrendes Andenken bewahren.***

**LIBERALER
NEUMITGLIEDER-
TREFF AUF DEM
STUTTGARTER
FRÜHLINGSFEST**

**DI., 6. MAI 2025, 18 UHR
BIERGARTEN „GRILLMEISTEREI“
VON NICO METZ**

[FDP-STUTTART.DE/TERMINE](https://fdp-stuttgart.de/termine)